

Thomas E. Goes

ZWISCHEN DISZIPLINIERUNG UND GEGENWEHR

*Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte
im Großhandel auswirkt*

campus

Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr

International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien

Herausgegeben von Klaus Dörre und Stephan Lessenich

Band 10

Thomas E. Goes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen.

© Campus Verlag GmbH

Thomas E. Goes

Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr

Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte
im Großhandel auswirkt

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung

Hans **Böckler**
Stiftung 

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50274-8 (Print)

ISBN 978-3-593-43025-6 (PDF-E-Book)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Dank.....	11
1. Einleitung.....	13
1.1 Fragestellung, Suchthese und Kontext	15
1.2 Prekarisierung im Großhandel – Forschungsdesign.....	21
1.3 Reflexive Sozialwissenschaft	25
1.4 Aufbau und Argumentationsgang der Studie.....	27
A. Analytische und methodische Grundlagen	
2. Prekarisierung und solidarisches Interessenhandeln	33
2.1 Kollektives Interessenhandeln und Solidarität.....	35
2.1.1 Interessen, Situationsdeutungen und kollektive Mobilisierung.....	37
2.1.2 Exkurs: Handlungsbedingungen, Arbeitsmarktkonkurrenz und soziale Ausdifferenzierung	40
2.1.3 Kognitive Mobilisierungspotenziale – Collective Action Frames.....	43
2.1.4 Inklusive und exklusive Solidarität als Bedingung kollektiven Handelns.....	53
2.2 Prekarisierung als Hindernis für kollektives Interessenhandeln?	56
2.2.1 Was ist prekäre Beschäftigung.....	58
2.2.2 Prekarisierung und geschichtlicher Erfahrungshintergrund ..	62
2.2.3 Prekarisierung als Herrschaftsregime.....	69
2.2.4 Zonen der Arbeitsgesellschaft	74

2.2.5	Zerstört Prekarisierung die subjektiven Bedingungen für kollektives Interessenhandeln?	76
2.2.6	Begründung eines Perspektivenwechsels.....	86
3.	Analytischer Zugang – Differenzierung der leitenden Fragen und der Suchthese	95
3.1	Moralische Ökonomie und Ungerechtigkeit.....	97
3.2	Das Alltagsbewusstsein: (De-)Mobilisierend und ungleich entwickelt.....	106
3.2.1	Hegemonie	107
3.2.2	Alltagsbewusstsein	110
3.3	Was ist ein Deutungsmuster?.....	114
3.3.1	Zentrale Bestandteile eines Deutungsmusters.....	116
3.3.2	Problem: Soziale Wissensformationen, Deutungsmuster und Tiefenstrukturen	118
3.3.3	Interpretationsrahmen, Deutungsmuster und subjektive Verarbeitungsstrukturen.....	121
3.3.4	Empirisch zu rekonstruierende Deutungsmusterdimensionen	125
3.4	Reformulierung der leitenden Fragestellung und der Suchthese.....	127
4.	Methoden.....	132
4.1	Heuristischer Rahmen, Interviews und Diskussionen.....	134
4.1.1	Problemzentrierte Interviews, Leitfaden und Interviewführung.....	136
4.1.2	Ablauf der Einzelinterviews	139
4.1.3	Gruppendiskussion, Diskussionsanreiz und Durchführung der Diskussionen.....	143
4.2	Die Auswertung: Deutungsmusterrekonstruktion durch systematischen Vergleich.....	146
4.3	Stellenwert und Auswertung der Gruppendiskussionen	151
4.4	Darstellung und Strukturierung der empirischen Ergebnisse.....	153

5. Sample – Beschreibung der Betriebe, Interviews und Gruppendiskussionen.....	156
5.1 Einzelinterviews und Gruppendiskussionen.....	156
5.2 Fallbeschreibungen: Die Betriebe.....	159
5.2.1 Der Betrieb Traumwelt.....	159
5.2.2 Der Betrieb Bilbo	165
5.2.3 Fazit: Belegschaften unter Druck	170
B. Empirische Deutungsmusteranalyse	
6. Rekonstruierte Deutungsmuster: Ein Überblick.....	175
7. Staatsorientierter Sozialpopulismus	179
7.1 Typisch Staatsorientierter Sozialpopulismus.....	179
7.2 Fallbeispiel Jürgen.....	182
7.2.1 Kognitive Deutungsmusterdimension: Problemdeutungen, Ursachen, Grenzziehungen.....	182
7.2.2 Prognostizierende Deutungsmusterdimension: Veränderung, Akteure und Wege des Wandels	194
7.3 Geteilte typische Deutungsmusterelemente in Interviews und Diskussionen	201
7.3.1 Druck, Kritik der reinen Instrumentalität und Wunsch nach Anerkennung	201
7.3.2 Betroffenheit, umfassende Problembezüge und verschwindende Mitte	213
7.3.3 Der Chef, das Gewinnstreben und die Politik.....	223
7.3.4 Zwischen »Man müsste sich gemeinsam wehren« und alltagsbezogenem Pessimismus.....	230
7.4 Zusammenfassung.....	239
8. Exklusiver Sozialpopulismus.....	241
8.1 Typisch Exklusiver Sozialpopulismus.....	241
8.2 Fallbeispiel Friedrich	244

8.2.1	Kognitive Deutungsmusterdimension: Probleme deutungen, Ursachen, Grenzziehungen.....	244
8.2.2	Prognostizierende Deutungsmusterdimension: Veränderung, Akteure und Wege des Wandels	263
8.3	Geteilte typische Deutungsmusterelemente in Interviews und Diskussionen	267
8.3.1	Fehlender Respekt und mangelnde Gegenseitigkeit	267
8.3.2	Festbeschäftigung unter Druck – Zwischen Allgemeinwohl und Angst vor Verdrängung	272
8.3.3	Vom Verschwinden der Mitte, der Sorge um die Zukunft und dem Allgemeinwohl	277
8.3.4	Exklusive Grenzziehung – Zwischen »kleinem Arbeiter« und »Narrenfreiheit der Anderen«	285
8.3.5	Exkurs: Anknüpfungspunkte für autoritären Populismus ...	302
8.4	Zusammenfassung.....	308
9.	Hauptsache Arbeit – Entschärfende Deutungen und pragmatische Arrangements	311
9.1	Typisch Hauptsache Arbeit	311
9.2	Fallbeispiel Gunta	316
9.2.1	Kognitive Deutungsmusterdimension: Probleme deutungen, Ursachen, Grenzziehungen.....	317
9.2.2	Prognostizierende Deutungsmusterdimension: Veränderung, Akteure und Wege des Wandels	333
9.3	Geteilte typische Deutungsmusterelemente in Interviews und Diskussionen	335
9.3.1	Unzufriedenheiten – aber Hauptsache überhaupt Arbeit	335
9.3.2	Entschärfende und stabilisierende Deutungen	343
9.3.3	Ursache : Elitenhandeln und ausbleibende Empörung	356
9.3.4	Ohnmacht, Leistungsperspektive und pragmatische Arrangement.....	360
9.4	Zusammenfassung.....	367

10. Arrangierte Unzufriedenheit und eingeforderte Unterwerfung.....	369
10.1 Ingrid	370
10.1.1 Kognitive Deutungsmusterdimension: Problemdeutungen, Ursachen, Grenzziehungen.....	370
10.1.2 Prognostizierende Deutungsmusterdimension: Veränderung, Akteure und Wege des Wandels	393
10.2 Anne	397
10.2.1 Kognitive Deutungsmusterdimension: Problemdeutungen,Ursachen, Grenzziehungen.....	397
10.2.2 Prognostizierende Deutungsmusterdimension: Veränderung, Akteure und Wege des Wandels	412
10.3 Typisch Arrangierte Unzufriedenheit.....	414
10.3.1 Deutungsmusterelemente in Interviews und Gruppendiskussion	415
10.3.2 Zusammenfassung.....	426
11. Prekarisierte Beschäftigte: »Mobilisierbare Solidargemeinschaft im Werden?«.....	429
11.1 Die zentralen Befunde der Deutungsmusteranalyse	430
11.1.1 Kollektivbewusstsein und ungleiche Mobilisierungs- und Solidaritätspotenziale.....	431
11.1.2 Anerkennung, Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit.....	441
11.1.3 »Entschärfende und stabilisierende Deutungen«.....	450
11.1.4 Verantwortung der Eliten und Stigmatisierungen anderer Lohnabhängiger.....	453
11.1.5 Individualisierungen und fragmentierte Solidargemeinschaften	456
11.1.6 Dynamiken betriebs- und gesellschaftsbezogener Legitimationsprobleme	461
11.1.7 Brücken zum Linkspopulismus	468
11.2 Fazit	475
Literatur.....	488

Dank

Wissenschaftliches Arbeiten ist ein Gemeinschaftsprojekt – auch dann, wenn es manchmal einsam wird am Schreibtisch: Gespräche, Anregungen, Bezüge, Korrekturen, Aufmunterungen und Kritiken, vielfältige Formen der Unterstützung. So wäre auch diese Arbeit ohne eine Vielzahl von Menschen und Institutionen nicht entstanden.

Danken möchte ich an erster Stelle Frauke Banse, die mich immer wieder bestärkt hat, auf der richtigen Spur zu sein und sich trotz eigener Promotion Zeit genommen hat, inhaltliche und konzeptionelle Fragen zu diskutieren, wieder und wieder – ein Kraftakt. Donna McGuire hat in zahlreichen Spaziergängen im Auepark das Leben mit mir diskutiert – und mich so die Anstrengungen der Dissertation zumindest kurzzeitig vergessen lassen. Philipp Kufferath las nicht nur große Teile meiner Arbeit und gab mir wertvolle Hinweise, sondern wusste mein Vertrauen in meine intellektuellen Fähigkeiten auch immer wieder zu stärken – in den Tiefphasen einer Promotion ist das ein kaum zu überschätzender Freundschaftsakt. Dass meine Forschung auch für Menschen von Relevanz sein mag, die sich für eine solidarische und demokratische Gesellschaft einsetzen, haben mir Michael Heldt, Violetta Bock und – erneut – Frauke Banse in vielen Gesprächen verdeutlicht. Nestor D’Alessio war für mich in den Jahren der Promotion oft ein Vorbild für Belesenheit, offenes Denken und Lust auf politisches Eingreifen zugleich. Ohne Imke Voigtländer, die das zu lang geratene Manuskript ausgesprochen gründlich formal Korrektur gelesen hat, wären die letzten Monate der Promotion zur Qual geworden – eine Rettung.

Zu Dank verpflichtet bin ich auch den GewerkschaftssekretärInnen, Betriebsräten und Beschäftigten, die sich für Interviews und Gruppendiskussionen zur Verfügung gestellt haben. Mein Blick mag sie zu Beforschten gemacht haben, er ist aber einer kritischen Wissenschaft und Public Sociology verpflichtet, die zur Selbstaufklärung der Subalternen, zur

Vergrößerung ihrer solidarischen Handlungsfähigkeit und so vermittelt zu ihrer Emanzipation beitragen möchte.

Besonderer Dank gilt natürlich der Hans Böckler Stiftung, die diese Studie überhaupt erst durch ein Stipendium (und einen Druckkostenzuschuss) möglich gemacht hat. Sehr wichtige Anregungen und Korrekturen verdanke ich meinen Betreuern Prof. Dr. Klaus Dörre und Prof. Dr. Stephan Lessenich. Mein Dank gilt auch dem Doktorandenseminar am Lehrstuhl für Arbeits- und Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena. Die Schwächen meiner Untersuchung habe natürlich nur ich zu verantworten.

Widmen möchte ich dieses Buch meiner Mutter, der ich viel verdanke, und meinem Sohn Enno, der die Bedeutung meiner Arbeit immer wieder kreativ-lebendig relativiert hat und auf mich leider öfter verzichten musste als mir lieb war.

Berlin, im Juni 2015

Thomas E. Goes

1. Einleitung

»Der Gedanke an Glück, an Lust, an Unabhängigkeit – mit dem Imago langhaariger Jugend, die sich dem Druck der Leistungszwänge nicht beugt und noch Konsumhaltungen negiert, neuerdings assoziativ verknüpft – wird dem unerträglich, der sich insgeheim als den immer ums Glück Betrogenen weiß. [...]. Kleine Leute erfahren sich als austauschbar, jederzeit ersetzbar: »Auf den Einzelnen kommt es nicht an.« Dies ist der qualitative Gehalt der Disponibilität, die der Kapitalverwertungsprozess ihnen abfordert.« (P. Brückner)

»Die Widersprüche sind unsere Hoffnung.« (B. Brecht)

1998 wurde im Universitätsverlag Konstanz ein dünnes Bändchen veröffentlicht, das neoliberalismuskritische Wortmeldungen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu versammelt. In der darin enthaltenen Rede »Prekarität ist überall« stellt Bourdieu eine herrschafts- und konfliktsociologische Diagnose, die innerhalb der sich in den Folgejahren entwickelnden deutschen Prekarisierungsdebatte weithin Widerhall finden sollte: Mit der Ausweitung unsicherer und ungeschützter Arbeitsverhältnisse entsteht eine Prekarität, die für die Betroffenen zu zukunfts- und erwerbsbiografischer Planungsunsicherheit führt (Bourdieu 1998b: 97). Die Menschen werden permanent verunsichert, eine »kollektive Mentalität der Angst« ist die Folge. Auch Lohnabhängige, die nicht prekär arbeiten und leben, sind indirekt von Prekarisierung betroffen. Massenerwerbslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse führen ihnen vor Augen, dass sie ersetzbar sind. Prekarität strahlt so verunsichernd aus (ebd.: 97–98). Deklassierungsängste verbreiten sich. Auch die Werte der Solidarität zwischen den abhängig Beschäftigten werden durch diesen breiten Prekarisierungsstrom in Mitleidenschaft gezogen (ebd.: 99), die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen verschärft sich. Prekarität ist daher als Teil einer neuartigen Herrschaftsform zu begreifen (ebd.: 100), die die abhängig Beschäftigten angesichts ihrer Angst vor der sozialen Deklassierung den nun noch mächtigeren Beschäftigern ausliefert.¹ Mit Blick auf die Lohnabhängigen diagnostiziert

¹ Anstatt »ArbeitgeberInnen« wird in dieser Arbeit der neutralere Begriff »Beschäftigter« genutzt. ArbeitgeberInnen verkehrt begrifflich das tatsächliche Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit, in dem die Arbeitskraft von Beschäftigern gekauft und damit zum Teil des variablen Kapitals wird, Arbeitsleistung im Arbeitsprozess verausgabt und

Bourdieu gar, dass sie eine Disposition zur Unterwerfung entwickeln, die sie dazu veranlasst, ihre Ausbeutung hinzunehmen (ebd.: 100–101). Kollektive Gegenwehr, so die pessimistische Schlussfolgerung, wird innerhalb dieses Herrschaftsregimes unwahrscheinlich (ebd.: 98–99). Düstere Ausichten also für solidarisches Interessenhandeln prekärer und prekarisierter Beschäftigter – einerseits.

Im gleichen Sammelband findet sich allerdings ebenfalls der kurze Text »Der Mythos der Globalisierung und der europäische Sozialstaat« (Bourdieu 1998a), in dem Bourdieu sich beiläufig mit der Frage beschäftigt, aus welchen Quellen der soziale und politische Widerstand gegen die neoliberale Reformierung der Gesellschaft, deren zentrales Moment Prekarisierung und Prekarität sind, schöpfen kann. Zentral sind für Bourdieu in diesem Kontext die – in diesem Text staatlich vermittelten – tradierten (Rechts-)Ansprüche, mit denen Menschen neoliberalen Reformen begegnen und sie beurteilen. Am größten ist der Widerstand der Menschen gegen den Neoliberalismus seiner Ansicht nach in Gesellschaften, die über eine ausgeprägte staatliche Tradition verfügen (ebd.: 42). Denn dieser Staat sei nicht lediglich ein (repressiv wirkendes) Institutionengefüge, er existiere zudem »[...] in den Köpfen der Arbeiter in Gestalt subjektiver Rechtsansprüche (das ist mein gutes Recht, das kann man mit mir nicht machen), als Verbundenheit mit »sozialen Errungenschaften« (ebd.: 43).

Bourdieu thematisiert hier en passant sozialmoralische Gerechtigkeits- und Sittlichkeitsempfindungen (mein gutes Recht, das kann man mit mir nicht machen), die in der Vergangenheit entstanden sind und in der Gegenwart fortwirken. Wenngleich Bourdieu diese Gerechtigkeitsvorstellungen und Ansprüche lediglich mit sozialen Errungenschaften in Verbindung bringt, die in der Vergangenheit durch staatliche Politik organisiert wurden, besteht theoretisch kein Anlass für diese Beschränkung. Auch durch die Betriebs- und Tarifpolitik im Rahmen der industriellen Beziehungen beispielsweise entstanden soziale Errungenschaften (z.B. Urlaubsansprüche oder Lohnhöhen), die sich auf die Gerechtigkeits- und Normalitätserwartungen, die als sozialmoralische Referenzpunkte dienen, auswirkten. Gerade in diesen sozialmoralischen Dispositionen, die in einer ersten Annäherung als ein Repertoire von sozialen Verhaltensregeln und Ordnungsbildern und die auf grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen basieren

in Form des produzierten Mehrwerts seitens des die Arbeitskraft beschäftigenden Einzelkapitals angeeignet wird.

(Vester 2006: 251), sieht Bourdieu Quellen der kollektiven Gegenwehr – andererseits.

1.1 Fragestellung, Suchthese und Kontext

Zwei Diagnosen stehen zunächst unvermittelt nebeneinander: Führt Prekarisierung zunächst zu Entsolidarisierung und einer Disposition zur Unterwerfung, die Lohnabhängige sich in flexibilisierte Ausbeutungsverhältnisse fügen lässt, werden sodann die in der Vergangenheit entstandenen sozialmoralischen Ansprüche und Sittlichkeitserwartungen der Lohnabhängigen als Quellen der kollektiven Gegenwehr ausgemacht. Denn was lebensweltlich als (un-)zumutbar gedeutet wird, so lässt sich an-knüpferd an Michael Vester folgern, ist abhängig von den normativen Grundorientierungen (Vester 2006: 267) und den mit diesen verbundenen Vorstellungen darüber, was eine sozial adäquate Lebensweise ist, und welche Bürden legitimerweise auferlegt werden können. Wer also das soziale Konfliktpotenzial einschätzen will, das mit der Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft einhergeht und aus ihr hervorgeht, muss die Legitimitätsvorstellungen und Handlungsorientierungen der direkt und indirekt Betroffenen in seine Überlegungen einbeziehen (Imbusch/Heitmeyer 2012b: 326ff.).

An dieser möglichen Gleichzeitigkeit von Verunsicherung/Unterwerfung und möglicher kollektiver Gegenwehr setzt die vorliegende qualitative Studie an. Sie untersucht explorativ, ob es in den sozialen Deutungsmustern (Kap. 3.3) von LeiharbeiterInnen und prekarisierten Normalbeschäftigten² (darunter auch Betriebsräte), mit deren Hilfe sie betriebliche und gesellschaftliche Prekarisierungskonstellationen (Kap. 2.2) interpretieren, geteilte »kognitive Potenziale« für eine inklusiv-solidarische Mobilisierung im Rahmen gemeinsamen Interessenhandelns (Kap. 2.1) gibt. Deuten die in dieser Studie untersuchten prekären ZeitarbeiterInnen und prekarisierten Normalbeschäftigten ihre betrieblichen und gesellschaftlichen Prekarisierungserfahrungen auf eine Art und Weise, die eine gemeinsame solidarische Mobilisierung für die eigenen Interessen ermöglicht? Oder

² Synonym zum Begriff »Normalbeschäftigte« wird in dieser Studie der Ausdruck »Festbeschäftigte« genutzt. Was ich unter »prekarisierten Normalbeschäftigten« verstehe, stelle ich in Kapitel 1.2 dar.

lassen sich auch in ihren Deutungsmustern die von der Prekarisierungsforschung häufig betonten entkollektivierenden und de-mobilisierenden Folgen von Prekarisierungsprozessen nachweisen? Gibt es kognitive Mobilisierungspotenziale für gemeinsames kollektives Handeln von LeiharbeiterInnen und prekarierten Normalbeschäftigten? Zugespitzt gefragt: Führt die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft zu negativer Individualisierung, disziplinierender Verängstigung und autoritär-populistischen Verarbeitungsformen (Kap. 2.2.5) – *oder entstehen in der Konfrontation zwischen Prekarisierungsprozessen und sozialmoralischen Dispositionen der Beschäftigten Potenziale für eine ›mobilisierbare Solidargemeinschaft im Werden?‹*

Theoretischer Ausgangspunkt für diese Fragen ist die Vermutung, dass direkte und indirekte Prekarisierungserfahrungen mit Hilfe von sozial geteilten und gegenüber direkten Einflüssen relativ autonomen Deutungsmustern (Oevermann 2001a: 23) verarbeitet werden, in denen in vergangenen Hegemoniekonstellationen (Kap. 3.2) entstandene sozialmoralische Dispositionen abgelagert sind. Hegemoniekonstellationen lassen sich, da sie auf der Berücksichtigung von Ansprüchen, Bedürfnissen und Interessen von subalternen Bevölkerungsteilen beruhen, als Anerkennungsordnungen verstehen – Ordnungen, innerhalb derer und durch die entsprechende subalterne Interessen und Bedürfnisse nicht nur als gerechtfertigt anerkannt werden, sondern auch eine Tradierung erfahren.³ In den sozialen Deutungsmustern kann diese Moralische Ökonomie (Edward P. Thompson) auch dann noch fortwirken, wenn die alte Anerkennungsordnung selbst längst umgebaut wird (ausführlich Kap. 3.1 und 3.2.1). Subjekttheoretisch gehe ich insofern davon aus, dass diese Dispositionen sperrig gegenüber neuen Erfahrungen sind und in keinem direkten Abhängigkeitsverhältnis stehen zu veränderten sozialen Lebensbedingungen (Kap. 3.3). Sie sind relativ autonom und Teil des individuellen Alltagsbewusstseins, von dem ich in Anlehnung an Antonio Gramsci annehme,

3 Der Begriff Anerkennungsordnung stammt aus den Arbeiten Axel Honneths (Lessenich 2007: 152ff.; Wimbauer u.a. 2007b: 12). Wengleich anerkennungstheoretische Überlegungen allgemein und Ausarbeitungen Honneths im Besonderen in dieser Studie aufgegriffen werden, verwende ich den Begriff Anerkennungsordnung im Folgenden stärker in einem hegemonietheoretischen Sinn, der ausführlicher in Kapitel 3.2 erläutert wird. In diesem inhaltlichen Zusammenhang verweist Anerkennung sowohl auf die Anerkennung von Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse durch die Beherrschten und Ausgebeuteten als auch darauf, dass Ansprüche und Bedürfnisse dieser Subalternen von den Herrschenden und Ausbeutenden partiell anerkannt und so legitimiert werden müssen, soll das Hegemonieverhältnis aufrechterhalten bleiben.

dass es zugleich ungleich entwickelt ist, mit anderen Menschen sozial geteilte Elemente enthält und keineswegs in sich harmonisch beziehungsweise frei von Widersprüchen, Ambivalenzen oder Paradoxien ist.

Im Anschluss daran geht die hier zu Grunde gelegte Suchthese (ausführlich Kap. 4.1) von der Existenz entsprechender Mobilisierungspotenziale aus. Sie lautet, dass aus der Konfrontation zwischen Ansprüchen, Verhaltenserwartungen und Gerechtigkeitsvorstellungen (der Moralischen Ökonomie), die in den sozialen Deutungsmustern der Beschäftigten abgelagert sind, mit den Herausforderungen und Zumutungen, die aus betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Prekarisierungskonstellationen folgen, konservativ anmutende Ungerechtigkeitsgefühle entstehen. Dieser Protestrohstoff bietet ein sowohl von prekär wie auch von »normal« Beschäftigten geteiltes kognitives Mobilisierungspotenzial gegenüber ökonomischen und politischen Eliten (ausführlich Kap. 3.4).

Um diese Suchthese zu überprüfen, wird die leitende Fragestellung weiter differenziert. Drei übergeordneten Fragen werden untersucht: Erstens: Wie deuten die befragten Beschäftigten die Prekarisierungsprozesse, die sie wahrnehmen? Zweitens: Was bedeutet dies für die Möglichkeit, prekär und »normal« Beschäftigte für solidarisches Interessenhandeln gegenüber den Unternehmern zu mobilisieren? Drittens: Werden Prekarisierungserfahrungen in einer Art und Weise gedeutet, dass sie Spaltungen, Ausgrenzungen und Konkurrenzverhältnisse zwischen den Lohnabhängigen verschärfen?

Die Arbeit knüpft damit an zwei aktuelle Diskussionsstränge innerhalb der Industrie- und Arbeitssoziologie an. Ihr eigentlicher empirischer Gegenstand sind die subjektiven Verarbeitungsweisen von Prekarisierung. Insofern handelt es sich bei der vorliegenden Studie in erster Linie um einen empirischen Beitrag zur Prekarisierungsforschung, die bisher insbesondere für die disziplinierenden sowie die konkurrenzgetriebenen individualisierenden Folgen und die autoritär-populistischen Verarbeitungsweisen der sog. Neuen sozialen Frage sensibilisiert. Der besondere Blickwinkel der Studie ist allerdings den jüngeren Diskussionen innerhalb der sog. Gewerkschaftlichen Revitalisierungsforschung (Brinkmann u.a. 2008; Fantasia/Voss 2004), sowie einem dekonstruktivistischen analytischen Zugang zu kollektivem Handeln und Kollektivakteuren geschuldet (Bruell/Mokre 2009; Laclau 2005; Mouffe 2007). Während Krisendiagnosen innerhalb der Gewerkschaftsforschung Herausforderungen und die Nicht-Adäquanz

gewerkschaftlicher Handlungsansätze hervorheben, machen Revitalisierungsstudien auf vielversprechende Neuorientierungen aufmerksam (Frege/Kelly 2004b: 32–35; Rehder 2008: 440–441; Turner 2004: 3). Um gewerkschaftliche Erneuerungspotenziale zu erkunden, ist meines Erachtens zu beantworten, in welchem Maße Lohnabhängige mobilisierungsbereit und mobilisierungsfähig sind. Daher können qualitative Studien zum Beschäftigtenbewusstsein (Brinkmann u.a. 2008: 148) ein wertvoller indirekter Beitrag zur Revitalisierungsforschung sein, wenngleich von ihnen keine Handreichungen für die gewerkschaftliche Praxis zu erwarten sind.

Im Hintergrund steht das Interesse daran, wie Prekarisierungsprozesse sich auf die Mobilisierbarkeit von Beschäftigten und damit auf die Transformation von struktureller Lohnabhängigenmacht in tatsächliche Handlungsmacht auswirken. Unter »struktureller Arbeitermacht« ist die Macht von Lohnabhängigen zu verstehen, die ihnen aufgrund ihrer Stellung innerhalb des ökonomischen Systems zukommt. Sie lässt sich ausdifferenzieren in »Marktmacht« und »Produktionsmacht«. Die Marktmacht bezieht sich auf die Verhandlungsposition auf Arbeitsmärkten (je geringer die Konkurrenz beziehungsweise das Arbeitskräfteangebot, desto größer die Marktmacht), die Produktionsmacht auf die Fähigkeit bestimmter Lohnabhängigen Gruppen, besonders wichtige Sektoren innerhalb des Produktions- und Distributionsprozesses zu kontrollieren, zum Beispiel innerhalb des Logistiksektors (Silver 2005: 30–31). Handlungsmacht basiert in meinem Verständnis auf der Mobilisierungsfähigkeit und Unterstützung der Beschäftigten selbst, auf der Fähigkeit sich zusammenzuschließen und einvernehmlich zu handeln. Mit dem Begriff der Handlungsmacht beziehe ich mich auf Hannah Arendts Unterscheidung zwischen Macht und Gewalt:

»Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält [Hervorhebung durch Verf.]« (Arendt 2000: 45)

Mobilisierungsprozesse allerdings sind neben anderen Faktoren auch abhängig von den jeweiligen Deutungsweisen der Betroffenen selbst (Hyman 1972: 67–68), von den mit Hilfe qualitativer Studien zu untersuchenden sozialen Deutungsmustern also, wie sie im Alltagsbewusstsein artikuliert werden. Ob tatsächlich ein Rohstoff für Proteste beziehungsweise kollek-

tive Mobilisierungen vorhanden ist, beeinflusst mit Blick auf die Situation von Lohnabhängigen nicht in erster Linie

»[...] der objektive Charakter des Lohnarbeitsverhältnisses, sondern ob Beschäftigte subjektiv Konflikte, Missstände oder Problemlagen wahrnehmen oder zumindest für die Zukunft nicht ausschließen, für die – und auch das ist wichtig – ursächlich das Unternehmen beziehungsweise das Management verantwortlich gemacht wird [Hervorhebung durch Verf.]« (Dribbusch 2011: 233).

Es sind demnach nicht ausschließlich die objektiven Bedingungen, sondern in gleichem Maße die subjektiven Wahrnehmungen der potenziell zu Mobilisierenden, von denen Erfolg oder Misserfolg von Mobilisierungsversuchen abhängen:

»Actors need to assign meaning to [...] material conditions, to interpret them in ways to bridge different views and concerns of heterogeneous groups and to mobilize these groups.« (Lévesque/Murray 2012: 3).

Um einem möglichen Missverständnis vorzugreifen: Es geht bei diesem Forschungsansatz gerade nicht darum, ob die durch Prekarisierung entstandenen neuen Spaltungen, die konkurrenzgetriebenen Individualisierungs- und Disziplinierungstendenzen oder die damit möglicherweise einhergehenden Formen sozialer Schließung aufgrund besonderer Wahrnehmungsweisen der Betroffenen überwunden oder aufgehoben werden können; im Vordergrund steht vielmehr, welche Potenziale einer (interessen-)politischen Vermittlung in den sozialen Deutungsmustern vorhanden sind, aus denen sich gemeinsame Mobilisierungen und Solidarität prekär und »normal arbeitender Beschäftigter entwickeln können. Damit soll die empirisch konstatierte Erosion der sozialstrukturellen Bedingungen von Solidarität (Streeck 1979: 76), die beispielsweise mit der Fragmentierung von Belegschaften durch den Einsatz von Leiharbeit oder Werkverträgen stattfindet, ausdrücklich nicht in Abrede gestellt werden. Mit dem Begriff der (interessen-) politischen Vermittlung möchte ich hingegen an eine (de-) konstruktivistische Forschungsperspektive auf Kollektivakteure anknüpfen. Kollektivakteure werden dabei nicht als homogene Blöcke identischer Einzelner (d.h. Abwesenheit von Differenz und Widersprüchen), sondern als Ensemble von unterschiedlichen Menschen verstanden. Die Einigung zu einem Kollektivakteur ist demzufolge immer bereits ein Ergebnis politischer Konstruktionen (Schulz 2007: 226). Das Gefühl der Zusammengehörigkeit bildet sich erst innerhalb politischer, sozialer und/oder ökonomischer Auseinandersetzungen mit einem Gegner (Banse:

2003: 34), das heißt jede »[...] Identität ist relational und jede Identität erfordert zwangsläufig die Bestätigung einer Differenz, das heißt die Wahrnehmung von etwas »anderem«, das sein »Außerhalb« konstituiert« (Mouffe 2007: 23).

Eine wichtige Rolle innerhalb dieses Vermittlungsprozesses spielen Ansprüche und Forderungen, die von Einzelnen gegenüber diesem Außen formuliert werden (Bruell/Mokre 2009: 7). Die Einheit einer Gruppe beziehungsweise die Entstehung von Kollektivakteuren ist aus dieser Perspektive das Ergebnis einer Artikulation dieser Forderungen (Laclau 2005: IX–X) gegenüber einem Adressaten. Für die Entstehung von Kollektivakteuren ist demnach nicht die bereits gegebene Identität von Interessen, Forderungen oder Bedürfnissen entscheidend, sondern vielmehr, ob sie auf eine Art vermittelt werden können, dass ein »Wir« entstehen kann, das sich gegenüber einem »Sie« abgrenzen lässt (Mouffe: 2007 23–24). Forderungen zu artikulieren bedeutet in diesem Zusammenhang, sie gegenüber einem Außen (dem Nicht-Wir) vorzutragen und dabei einen gemeinsamen Nenner zu finden. Zwischen den einzelnen nicht-identischen Ansprüchen und Forderungen müssen Äquivalenzen entwickelt werden können (Laclau/Mouffe: 2006: 167–175), das heißt zwischen ganz unterschiedlichen Einzelelementen muss eine Gemeinsamkeit oder Zusammengehörigkeit herausgestellt werden (Schulz 2007: 226). Ob dies gelingt, ob Äquivalenzketten gebildet werden können, ist unter anderem davon abhängig, ob einzelne Forderungen, die von Einzelnen oder Teilgruppen erhoben werden, durch ihren Adressaten erfüllt werden oder nicht. Nur dann, wenn Forderungen nicht erfüllt und ihre Träger also enttäuscht werden, wird der Boden für sog. Äquivalenzketten mit anderen Forderungen bereitet (Nonhoff 2007b: 13; Marchart 2008: 249). Nicht also eine an sich gegebene Identität, sondern eine besondere Beziehung gegenüber dem Adressaten von Kritik, Ansprüchen und Forderung – dem sog. »konstitutiven Außen« – rückt damit als Konstitutionsbedingung von Kollektiven in den Blick. Insgesamt ist aus dieser Perspektive also nicht entscheidend, ob von vornherein (soziale, ökonomische oder politische) Übereinstimmungen gegeben sind, sondern ob Identifikationsprozesse möglich sind, durch die sich ein »Wir« entwickeln kann (Mouffe 2007: 27–28). Während gegenüber diesem konstitutiven Außen eine Art negative Gemeinsamkeit erfahren werden kann, ist die positive Vermittlung von Einzelnen auch mit Hilfe sog. »leerer Signifikanten« möglich (Nonhoff 2007b: 13). Der Ausdruck leerer Signifikant bezeichnet positive Bezugspunkte, mit denen sich eine Vielzahl von

Einzelnen identifizieren können und die insofern vereinigend wirken können. »Leer« heißt, dass die inhaltliche Bedeutung des Bezugspunktes unscharf genug sein muss, damit sich eine möglichst große Zahl von Einzelnen positiv darauf beziehen kann. Heißt der leere Signifikant beispielsweise »soziale Mitte« oder »soziale Gerechtigkeit«, dann darf der Bedeutungsgehalt nicht zu klar sein, damit der Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Einzelnen gelingen kann. Einem wirksamen leeren Signifikanten gelingt es »[...] das Gemeinsame einer Menge von ansonsten heterogenen oder gar sich widersprechenden Elementen auszudrücken [...]« (Schulz 2007: 227).

Je unspezifischer die Bedeutung, desto mehr Menschen können sich mit ihren eigenen Ansprüchen, Bedürfnissen oder Forderungen darauf beziehen.

Aus einer derartigen Perspektive ist nicht entscheidend, ob prekär und »normal« Beschäftigte identische Probleme empfinden und Forderungen oder Ansprüche erheben, sondern ob ihre jeweiligen Ansprüche und Interessen miteinander zu Äquivalenzketten verknüpft werden können, sich ähnliche Adressaten von Kritik und Forderungen als konstitutives Außen abzeichnen und sich geteilte symbolische oder ideologische Bezugspunkte als leere Signifikanten herauskristallisieren, auf die sich viele prekär und »normal« Beschäftigte beziehen können.

1.2 Prekarisierung im Großhandel – Forschungsdesign

Antworten auf die oben gestellten Fragen versuche ich auf der Basis einer explorativen Rekonstruktion der sozialen Deutungsmuster von prekär arbeitenden LeiharbeiterInnen und prekarierten Normalbeschäftigten zu entwickeln, die in zwei Großhandelsbetrieben beschäftigt sind. Die vorliegende Studie ist explorativ, weil sie sich auf die Rekonstruktion von Deutungsmustern einer speziellen Beschäftigtengruppe, wahrscheinlich eines einzelnen sozialen Milieus beschränkt. Wie Prekarierte aus anderen Milieus (Pelizzari 2009) oder anderen Branchen ihre Erfahrungen deuten, kann auf der Basis dieser Arbeit nur begründet spekuliert werden. Wenn im Folgenden von den Prekären oder den prekarierten Normalbeschäftigten die Rede ist, dann immer unter dem Vorzeichen dieser Einschränkungen. Es versteht sich methodologisch von selbst, dass empirisch ungeprüfte

Verallgemeinerungen der in Kapitel 10 erörterten Schlussfolgerungen und weiterreichenden Thesen auf der Basis eines qualitativen Samples unzulässig sind.

Gegenüber der bis dato publizierten empirischen Prekarisierungsforschung zeichnet sich die vorliegende Studie durch zwei Besonderheiten aus, die im Folgenden kurz resümiert werden sollen.

a) *Vergleich – Geteilte Deutungen von Prekären und Prekarisierten:* Im vorherigen Abschnitt wurde bereits ausführlich der besondere analytische Zugang und die daraus folgende Fragestellung vorgestellt. Eine inhaltliche Wiederholung erübrigt sich daher an dieser Stelle. Abschließend sei lediglich die grundsätzliche Vergleichsperspektive (Kap. 4.2) der vorliegenden Untersuchung hervorgehoben. Da in der Forschungsliteratur insbesondere auf die Individualisierung und Entkollektivierung hingewiesen wird (zum Beispiel auf die Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften), die aus Prekarisierungsprozessen folgen können, lege ich ein besonderes Augenmerk darauf, ob es Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den sozialen Deutungsmustern von LeiharbeiterInnen und prekarisierten Normalbeschäftigten gibt. Im Zentrum der Studie steht daher nicht nur die Frage nach den Inhalten und der inneren Logik der Deutungsmuster, die sich aus den Äußerungen von LeiharbeiterInnen sowie prekarisierten Normalbeschäftigten rekonstruieren lassen; von vornherein werden außerdem Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet, die sich möglicherweise in und zwischen den von prekären LeiharbeiterInnen und prekarisierten Normalbeschäftigten genutzten Deutungsmustern abzeichnen. Die vorliegende Studie untersucht somit nicht nur, ob kognitive Mobilisierungspotenziale innerhalb der rekonstruierbaren sozialen Deutungsmuster vorhanden sind, sondern fragt zugleich, ob und in welchem Maße diese von den befragten prekären LeiharbeiterInnen und prekarisierten Normalbeschäftigten (sozial) geteilt werden.

b) *Prekarisierte und Prekäre in »Dienstleistungsbetrieben unter Druck«:* Ein besonderes Merkmal dieser Studie ist zudem, dass in ihr Beschäftigte untersucht werden, die in zwei Unternehmen arbeiten, die in einer »prekären Dienstleistungsbranche« (Kap. 5) agieren. Auch die formal Normalbeschäftigten werden hier in besonderem Maße mit betrieblichen Prekarisierungsprozessen konfrontiert.

Ein Gros der empirischen Prekarisierungsforschung, die sich mit den Verarbeitungsweisen von Prekarisierung und Prekarität durch die Subjekte selbst auseinandersetzt, konzentrierte sich bisher auf Industriebranchen (zum Beispiel der Einsatz von LeiharbeiterInnen in der Automobilindustrie) oder untersuchte einzelne Beschäftigte aus unterschiedlichen Branchen und Betrieben (Brinkmann u.a. 2006; Pelizzari 2009). Insbesondere die Frage aber, wie prekäre Erwerbs- und Lebenslagen interessenpolitisch von Beschäftigten verarbeitet werden, die in Branchen der einfachen Dienstleistungstätigkeiten arbeiten, ist bisher nicht befriedigend beantwortet worden. Selten oder gar randständig (Artus 2008b; Manske 2007; Schnell: 2009) blieben innerhalb der empirischen Forschung bisher Untersuchungen, die den subjektiven Reaktionen von Beschäftigten nachspüren, die innerhalb derselben »prekären Dienstleistungsbranche« arbeiteten – Branchen, in denen oftmals hohe Anteile atypischer und/oder prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu finden sind. Und dies, obwohl in den entsprechenden Sektoren wie Handel, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder auch im Bereich der einfachen personenbezogenen Dienstleistungen besonders häufig prekär beschäftigt wird, nicht selten unter repressiven betrieblichen Kontrollbedingungen und Managementstilen (Artus 2008b: 27–28).

Dies gilt insbesondere für die sog. unstrukturierten oder Jedermanns-Arbeitsmärkte innerhalb der Dienstleistungsbranchen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass die notwendigen Qualifikationen »on the job« erlernt werden können (Pelizzari 2009: 116). Arbeitskräfte sind insofern, unter den gegebenen gesetzlichen Regelungen, verhältnismäßig leicht austauschbar. In diesen Arbeitsmarktsegmenten sind die hohen tariflichen und interessenpolitischen Standards, wie sie in Deutschland insbesondere in der Automobilindustrie, im Öffentlichen Dienst oder dem Maschinenbau gelten beziehungsweise galten, weitgehend unbekannt. Im Gegenteil, oftmals dominieren hier »[...] aufgrund eines schwachen kollektivvertraglichen Schutzes prekäre Normalarbeitsverhältnisse (Vollzeit- bis geringe Teilzeitarbeit) sowie prekäre Arbeitsverträge [...]« (ebd.: 116).

Im Unterschied zu Beschäftigten in fachberuflichen Arbeitsmärkten sind Lohnabhängige in Jedermanns-Arbeitsmärkten einem höheren Konkurrenzdruck ausgesetzt, sind sie doch (theoretisch) schnell durch neu anlernbare Arbeitskräfte zu ersetzen. Ihre interessenpolitische Verhandlungsmacht kann daher als relativ gering eingeschätzt werden (Pelizzari 2008: 200).

Entsprechende Untersuchungen sind auch angesichts der Verlagerung des Arbeitskampfgeschehens vom industriellen Sektor in die Dienstleistungsbranchen, die seit Mitte der 1990er und ganz besonders seit Anfang des neuen Jahrtausends zu konstatieren ist, um so dringlicher (Dribbusch 2011: 251–252). Laut Heiner Dribbusch drückt sich diese Entwicklung

»[...] vor allem in einer Zunahme von Streiks sowie in der Vergewerkschaftlichung traditionell eher streikabstinenter Berufsverbände aus. Den Hintergrund bildete eine zunehmende Aggressivität der privaten und öffentlichen Arbeitgeberverbände infolge veränderter nationaler und internationaler Konkurrenzbedingungen« (ebd.: 251).

Insbesondere in Dienstleistungssektoren muss dafür gekämpft werden, dass es beispielsweise überhaupt Tarifverträge gibt (ebd.: 252). Ein Beispiel einer derartigen sowohl hinsichtlich der Arbeitsmarktposition als auch der interessenpolitischen Realitäten »potenziell prekären Dienstleistungsbranche« ist der von mir untersuchte Großhandel.

In den beiden Betrieben, in denen die prekarierten Normalbeschäftigten (darunter BetriebsrätInnen) und LeiharbeiterInnen arbeiteten, die an der vorliegenden Untersuchung teilgenommen haben, geraten auch die Arbeits- und Lohnbedingungen der »Kernbelegschaften« unter Druck. Die arbeitsrechtlichen Unterschiede und Lohndifferenzen zwischen ihnen und LeiharbeiterInnen bleiben zwar beträchtlich, dennoch waren beide Belegschaften zum Untersuchungszeitpunkt untertariflich bezahlt. Im Betrieb Bilbo ist der Rückgriff der Geschäftsführung auf Leiharbeit darüber hinaus verbunden mit einem betrieblichen Konflikt um beabsichtigte Lohnkürzungen, denen sich der Betriebsrat in den Weg stellt. Seit er einer Neuordnung der Lohngruppen, die zu Lohnseinbußen für einen beträchtlichen Teil der Belegschaft geführt hätte, nicht zustimmte, wurden keine Feststellungen mehr vorgenommen. Anfallende Mehrbelastungen werden nach Auskunft des Betriebsrates durch Leiharbeit abgedeckt – Leiharbeit, ohnehin ein normales personalpolitisches Instrument, um saisonale Spitzen abzufangen, wird insofern permanent im Betrieb genutzt. Im Betrieb Traumwelt wird ebenfalls untertariflich bezahlt. Während bei Bilbo die Festbelegschaft allerdings nicht abgebaut wurde, sank die Zahl der Festangestellten laut Betriebsrat bei Traumwelt kontinuierlich, während die der Prekären wuchs. Betriebsrat und Belegschaft klagen außerdem über eine Intensivierung der Arbeits- und Leistungsanforderungen. In beiden Betrieben kann demnach meines Erachtens von einer »Normalisierung der prekären Beschäftigung« und einer »Prekarisierung der Normalarbeit« gesprochen

werden (ausführlich Kap. 5.2.3). Die Unterscheidung zwischen prekär und nicht prekär Beschäftigten bleibt zwar wichtig; mit der Formulierung ›Prekarisierung der Normalarbeit‹ sollen allerdings die Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnbedingungen von Kernbelegschaften hervorgehoben werden, die bei einem dualistischen Verständnis von prekär und nicht prekär, ›bad jobs‹ und ›good jobs‹, aus dem Blick geraten können (Hürtgen 2008: 115, 118). Deshalb wird hier von prekarierten Normalbeschäftigten (darunter Betriebsräte) gesprochen.

Untersucht werden die leitenden Fragen und die oben dargestellte Suchthese mit Hilfe von Interviews und Gruppendiskussionen. Den empirischen Kern der Studie bilden 16 Problemzentrierte Interviews und fünf Gruppendiskussionen, die ich im Wesentlichen in der ersten Hälfte des Jahres 2010 und der ersten Hälfte des Jahres 2011 mit prekär beschäftigten LeiharbeiterInnen und prekarierten Normalbeschäftigten aus zwei Betrieben des Großhandels geführt habe. Zum Teil handelt es sich bei den Normalbeschäftigten um Betriebsräte. Sie sind allerdings nicht vollständig für die Betriebsratsarbeit freigestellt und gehen täglich ihrer normalen Erwerbsarbeit nach.

Die Einzelinterviews wurden im Sinne des Problemzentrierten Interviews (PZI) (Witzel 1982, 2000) anhand eines flexibel gehandhabten Leitfadens durchgeführt. Die Gruppendiskussionen wurden in Anlehnung an Verfahrensvorschläge organisiert, die sich in der Methodenlehre Ralf Bohnsacks (Bohnsack 1997) finden. Das Auswertungsverfahren kombiniert Elemente des auf Typenbildung ausgerichteten systematisch vergleichenden Verfahrens nach Udo Kelle und Susann Kluge (Kelle/Kluge 2010, Kluge 2000) und – angelehnt an die Dokumentarische Methode – Schritte einer formulierenden und punktuell reflektierenden Interpretation (Nohl 2006: 45ff.; ausführlich Kap. 4).

1.3 Reflexive Sozialwissenschaft

Um die Frage nach den Solidaritäts- beziehungsweise Mobilisierungspotenzialen in den Deutungen von Prekarisierten zu beantworten, habe ich sowohl im Zuge der Datenerhebung als auch ihrer Auswertung auf einen ›heuristischen Rahmen‹ zurückgegriffen (Streckeisen 2008: 332–336). Theoretische Annahmen beziehungsweise theoretisches Vorwissen (Kap. 2

und 3) wurden insofern im Sinne einer ›reflexiven Sozialwissenschaft‹ zum leitenden Ausgangspunkt der qualitativen Untersuchung gemacht. Das reflexive Forschungsmodell zielt auf die Re-Konstruktion (im Sinne einer kritischen Weiterentwicklung) vorliegender Theorien/Analysen mit Hilfe qualitativer Empirie (Burawoy 1998: 16ff.). Im konkreten Fall bedeutet dies: Die bisher vorliegenden empirischen und theoretischen Diagnosen von Verarbeitungsweisen, die sich auf die Bereitschaft direkt und indirekt von Prekarisierung betroffener Lohnabhängiger demobilisierend und ent-solidarisierend auswirken, werden nicht als falsch, sondern als einseitig betrachtet. Um die Theoriebildung weiter zu entwickeln, muss sie durch eine Perspektive ergänzt werden, die gezielt nach gegenteilig wirkenden Deutungen sucht. Die vorliegende empirische Studie zielt also nicht darauf ab zu widerlegen, sondern darauf empirische Grundlagen einer solchen Re-konstruktion zu schaffen. Anders als in der Tradition der ›positiven Wissenschaft‹ wird bei einem solchen Vorhaben die Verflochtenheit des Forschers in die von ihm studierte soziale Welt gerade nicht – als Voraussetzung von Wissenschaftlichkeit (ebd.: 10) – versucht zu minimieren, sondern offensiv als Teil des Forschungsprozesses thematisiert. Das bekannte Wissen ist Teil dieser Welt, die wissenschaftliche Theorie ist in der reflexiven Sozialwissenschaft daher (zwingend) zugleich Ausgangspunkt (ebd.: 7) und Zielsetzung der Forschung - nur im Verhältnis zu bereits vorliegendem Wissen, sei es wissenschaftlich oder alltagstheoretisch, sind Phänomene der sozialen Welt überhaupt als erklärungsbedürftig (Burawoy 1991b: 9).

Diese Thematisierung theoretischen Vorwissens ist gleichwohl nicht nur möglich, sondern angesichts des Umstandes, dass Erkenntnisse immer auf unreflektierten oder bewussten Formen des Vorwissens basieren, dass bereits

»[...] die *erste* Konstitution von Daten [...] eine aktive Leistung des Forschers darstellt, die auf seinem Forschungsinteresse und Vorverständnis aufbaut [Hervorhebung durch Verf.]« (Meinefeld 2003: 249),

auch notwendig, um den jeweiligen Forschungsprozess transparent und so nachvollziehbar zu machen. Bereits wie sich das Forschungsfeld dem Wissenschaftler darstellt, ist abhängig vom ihm zur Verfügung stehenden Wissensvorrat (ebd.: 249), durch den ein spezifisches interessiertes Problemverständnis generiert und ein begrifflicher Zusammenhang, innerhalb dessen Probleme sich überhaupt erst konstituieren, hergestellt wird (Becker 2007: 109–110; König/Bentler 1997: 90): »Erkenntnisse über soziale

Phänomene »emergieren« nicht aus eigener Kraft, sie sind Konstruktionen des Forschers von Anfang an.« (Meinefeld 2003: 249)

Erfahrung ist, ob nun im Sinne der empirischen und sozialwissenschaftlichen oder der alltagsweltlichen, so die hier vertretene Auffassung, immer schon gedanklich oder kategorial geformt. Erkenntnisse sind »[...] ihrerseits immer auch Produkte von Abstraktionen, damit von »Geist« [...]« (Adorno 1963: 73).

Das betrifft nicht nur einzelne Begriffe, sondern auch das jeweilige Grundverständnis über gesellschaftliche Zusammenhänge, das in impliziter oder expliziter Form in alle Phasen des Forschungsprozesses eingeht (Kelle/Kluge 2010: 18–24). Gelingt es, die damit gegebene Standortgebundenheit der eigenen wissenschaftlichen Analyse zu reflektieren, erfüllt Theorie innerhalb des qualitativen Forschungsprozesses eine produktive Rolle, indem sie ForscherInnen für »[...] bestimmte Phänomene [sensibilisiert T.G.], welche ihn Theorien großer Reichweite zu sehen gelernt haben« (Kelle 1996: 29). Theoretische Sensibilität meint dabei »[...] die Verfügbarkeit brauchbarer heuristischer Konzepte, die die Identifizierung theoretisch relevanter Phänomene im Datenmaterial ermöglicht« (ebd.: 32). Vor diesem Hintergrund ist jedoch darauf zu achten, das theoretische System nicht so weit zu entwickeln, dass tatsächlich Neues oder Unerwartetes »[...] durch Konventionen der Meinung, auch der wissenschaftlichen [...]« (Adorno 1972: 130) verdeckt wird. Entscheidend ist die kontrollierte, das heißt bewusste Offenheit für die Sichtweisen der GesprächspartnerInnen, für Neues und Besonderes. ForscherInnen müssen »[...] aus der unbeirrten Konsequenz der eigenen Überlegungen jenen Begriff immer schon ans Material herantragen und in der Föhlung mit diesem ihn wiederum abwandeln« (Adorno 1997: 197).

1.4 Aufbau und Argumentationsgang der Studie

Die Arbeit ist in drei große Teile unterteilt. Im ersten Abschnitt lege ich die analytischen Grundlagen und entwickle die Elemente des heuristischen Rahmens, die die qualitative Untersuchung strukturieren. Dieser Teil führt ausführlicher in die Problem- und Fragestellung ein, skizziert und begründet die leitende Suchthese (Kap. 2 und 3). Im zweiten Kapitel erörtere ich zunächst, was unter Interessenhandeln und Solidarität zu verstehen ist.

Insbesondere hebe ich hervor, dass Interessen sich nicht allein aus objektiven Positionierungen innerhalb der Gesellschaft, innerhalb des Arbeitsmarktes oder innerhalb der betrieblichen Konfliktarena ableiten lassen, sondern gedeutet werden müssen und somit durch Deutungsmuster vermittelt werden (Kap. 2.1.1). In einer selektiven Auseinandersetzung mit Ergebnissen der Sozialbewegungsforschung diskutiere ich darüber hinaus, welche Aspekte innerhalb der Deutungen beziehungsweise Deutungsmuster empirisch rekonstruiert werden müssen, wenn man die subjektiven Verarbeitungsweisen von Prekarisierung hinsichtlich ihres »kognitiven Mobilisierungspotenziales« für solidarisches Interessenhandeln beurteilen möchte (Kap. 2.1.3). Theoretisch bestimme ich durch eine selektive Diskussion insbesondere des Framingansatzes innerhalb der Bewegungsforschung Elemente der von Menschen genutzten Deutungsmuster (Deutungsmusterelemente), die kollektive Mobilisierungen beeinflussen – in positiver oder negativer Weise. Solidarität bestimme ich als eine Bedingung erfolgreicher Mobilisierungsversuche, wodurch der Blick insbesondere darauf gerichtet wird, welche Umrisse einer Solidargemeinschaft sich in den Deutungen der befragten Beschäftigten abzeichnen. Analytisch unterscheide ich in diesem Zusammenhang zwischen exklusiven und inklusiven Formen der Solidarität (Kap. 2.1.4). In der zweiten Hälfte des Kapitels setze ich mich damit auseinander, was unter Prekarisierung und Prekarität zu verstehen ist und welche Diagnosen innerhalb der Forschung darüber dominieren, wie sich Prekarisierung und Prekarität (interessen-)politisch auswirken (Kap. 2.2). Am Ende des Kapitels werde ich argumentieren, dass sich in der Prekarisierungsforschung bis dato eine Niedergangsperspektive auf solidarisches Interessenhandeln herausgebildet hat – die weniger falsch als einseitig ist – und darlegen, welche Gründe es dafür gibt, vorsichtig die Forschungsperspektive zu wechseln beziehungsweise zu erweitern (Kap. 2.2.5 und Kap. 2.2.6).

Im dritten Kapitel werde ich schließlich den von mir zu Grunde gelegten hegemonie- und konflikttheoretischen Ansatz und – in Verbindung damit – das von mir modifizierte Alltagsbewusstsein- und Deutungsmuster-Konzept erörtern. Ich werde argumentieren, dass die kognitiven Dispositionen der Menschen keine Spielbälle neuer Erfahrungen (zum Beispiel der Prekarisierung) sind, sondern als relativ autonome Größe deren Verarbeitung beeinflussen. Diese Dispositionen, so das weiterführende Argument, werden als soziale Deutungsmuster im Alltagsbewusstsein artikuliert, das innerhalb von gesellschaftlichen Hegemoniekonstellationen

angeeignet wird (Kap. 3). Da Hegemonie auf der Anerkennung subalternen Bedürfnisse und Ansprüche basiert, lässt sie sich zugleich als Anerkennungsordnung verstehen (Kap. 3.2.1) – als ein Arrangement, das diese Bedürfnisse und Ansprüche nicht nur rechtfertigt, sondern in Form einer Moralischen Ökonomie aufhebt. Diese Moralische Ökonomie, so werde ich mit Rückbezug auf das Alltagsbewusstsein argumentieren, schlägt sich auch in Form eines Ensembles von normativen Gerechtigkeitsorientierungen und Verhaltenserwartungen innerhalb der sozialen Deutungsmuster nieder (Kap. 3.1). Da Deutungsmuster zugleich als relativ autonom gegenüber neuen Erfahrungen und als handlungsorientierend gelten dürfen (Kap. 3.3.1), wird erwartet, dass aus der Kollision der in ihnen abgelagerten und geschichtlich tradierten Moralischen Ökonomie mit den Verhaltenszuminungen und Herausforderungen betrieblicher und gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse ein Protestrohstoff entsteht, der von prekären LeiharbeiterInnen und prekarierten Normalbeschäftigten geteilt wird. Abgeschlossen wird der erste Abschnitt der Studie durch das vierte Kapitel, in dem ich neben einer Synthese des heuristischen Rahmens insbesondere den Interviewleitfaden, den Diskussionsanreiz sowie die Erhebungs- und Auswertungsverfahren vorstelle.

Im zweiten Abschnitt der Dissertation stelle ich die empirischen Ergebnisse dar. Zunächst gebe ich einen Überblick über die Arbeitskräftestrategien und Beschäftigungsbedingungen, wie sie in den beiden Betrieben vorgefunden wurden, in denen die befragten ArbeiterInnen beschäftigt wurden. In diesem Zusammenhang präsentiere ich ebenfalls das Sample der Interviews und Diskussionen (Kap. 5). In den nächsten vier Kapiteln stelle ich jeweils die empirisch rekonstruierten sozialen Deutungsmuster ausführlich dar (Kap. 7 bis 10).

Im dritten und abschließenden Abschnitt reflektiere ich in Kapitel 11 die zentralen empirischen Ergebnisse im Lichte sowohl der theoretischen Vorarbeiten in Kapitel 2 und 3 als auch der selektiv rezipierten theoretischen und empirischen Befunde der Prekarisierungsforschung. Auf dieser Grundlage werde ich die leitende Frage abschließend beantworten.

A. Analytische und methodische Grundlagen

2. Prekarisierung und solidarisches Interessenhandeln

Die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft (ausführlich Kap. 2.2)⁴ wird häufig in Zusammenhang gebracht mit Krisen der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung. Prekär Beschäftigte gelten demnach als schwer, wenn nicht gar kaum gewerkschaftlich zu organisieren, nicht zuletzt aufgrund der sozial disziplinierenden und entsolidarisierenden Auswirkungen von Prekarisierungsprozessen (kritisch Choi 2010: 50) auf prekär und »normale« Beschäftigte. Aus dieser Perspektive führt Prekarisierung wenn nicht (tendenziell) zum Niedergang kollektiven Interessenhandelns, so doch zur Ent-Mächtigung der Betroffenen. Prekarisierung

»[...] forciert Auseinandersetzungen um Stuserhalt und relative Deprivilegierung, die Festangestellte, Prekarierte und Ausgegrenzte unter- und gegeneinander ausfechten. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse entziehen denjenigen, die beständig von der Sorge um die Bewältigung des nächsten Tages angetrieben werden, allmählich die Energie, die notwendig wäre, um sich zivilgesellschaftlich, politisch oder gewerkschaftlich zu engagieren. Oder sie provozieren [...] ein »bargaining by riots« mit ausgesprochen ambivalenten Folgen für die demokratische Verfasstheit westlicher Gesellschaften« (Dörre 2009a: 56–57).

In dieser Niedergangsperspektive erscheinen prekäre und prekarisierte Beschäftigte als eine

4 Prekarisierung bezeichnet, wie ich in Kapitel 2.2 zeigen werde, einen sehr weit gefassten Gegenstandsbereich. Von Prekarisierung sind Angehörige verschiedener sozialer Milieus betroffen; die Erwerbsformen, in der sie sich vollzieht (ggf. durch Leiharbeit, Niedriglohnarbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, temporäre Beschäftigung auf der Basis von Werk- und Honorarverträgen, in rechtlich und interessenpolitisch nicht oder kaum geschützten Arbeitsverhältnissen etc.) bringen für die Betroffenen nicht nur unterschiedliche Belastungen, sondern bedeuten so auch unterschiedliche Erfahrungen. Denn die betrieblichen Kontexte von Prekarisierung sind sehr divers.

»[...] anonymisierte, zersplitterte Masse, ein Exemplum der »negativen Individualisierung. [...] Während das Proletariat als soziale Klasse mit allerlei Heilerwartungen oder politischen Verbesserungsfantasien befrachtet wurde, eignet sich das Prekariat heute eher als neue Projektionsfläche politischer Ressentiments und sozialer Resignation. Das Prekariat scheint in dieser Perspektive ein Ort sozialer Aussichtslosigkeit zu sein« (Vogel 2009c: 200).

Prekarisierung und Prekarität werden in der Prekarisierungsforschung insofern – direkt oder indirekt – als Herausforderungen oder Hindernisse kollektiven oder gar individuellen solidarischen Interessenshandelns verhandelt. Insbesondere die Solidarbeziehungen zwischen Lohnabhängigen, die als eine Grundvoraussetzung für kollektives Interessenshandeln gelten können (Kap. 2.1.4), drohen aus dieser Perspektive infolge von Prekarisierungsprozessen zu erodieren.

Bevor ich mich mit den entsprechenden Problemdiagnosen innerhalb der Prekarisierungsforschung auseinandersetze, ist es zunächst sinnvoll zu klären, was unter kollektivem Interessenshandeln zu verstehen ist, wie es sich entwickelt und in welchem Verhältnis es zur Solidarität steht. Kurz: Welche Möglichkeitsbedingungen kollektiven Interessenshandelns gilt es zu betrachten, wenn beurteilt werden soll, wie sich Prekarisierungsprozesse darauf auswirken?

Im nachfolgenden Abschnitt wird die Auffassung begründet, dass Interessenshandeln zwar abhängig ist von strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen (zum Beispiel Arbeitsmarktkonkurrenz oder strukturell vermittelte Interessenlagen); eine zentrale Rolle für ihre Entwicklung kommt allerdings der durch Deutungsmuster vermittelten Interpretation von Interessen und Handlungsbedingungen zu (Imbusch/Heitmeyer 2012b: 325; Kap. 2.1.1). Wie in Kapitel 2.1.3 erläutert wird, ist gemeinsames Interessenshandeln von Lohnabhängigen theoretisch dann am wahrscheinlichsten, (a) wenn von Beschäftigten Ungerechtigkeiten wahrgenommen werden; (b) wenn konkrete Akteure oder Instanzen als verantwortlich für diese Ungerechtigkeiten ausgemacht werden; (c) wenn sich eine Solidargemeinschaft herauskristallisiert, wenn also die eigenen Bedürfnisse, Ansprüche und Interessen als mit anderen Lohnabhängigen geteilt verstanden werden; (d) wenn die als ungerecht wahrgenommenen Verhältnisse als veränderbar erkannt werden; (e) wenn sich die Beschäftigten als mögliche Akteure dieser Veränderung wahrnehmen (f) und wenn sie als potenzielle Akteure keine Angst vor den Konsequenzen ihres Handelns empfinden.

Diese Dimensionen konstituieren den heuristischen Rahmen, mit dessen Hilfe die qualitative Untersuchung strukturiert wird: Um die kognitiven Solidaritäts- und Mobilisierungspotenziale von prekären LeiharbeiterInnen und prekarierten Festbeschäftigten beurteilen zu können, ist es zwingend erforderlich, diese Aspekte innerhalb der ihnen zur Verfügung stehenden Deutungsmuster empirisch zu rekonstruieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kontur der Solidargemeinschaft, d.h. mit wem Gemeinsamkeiten wahrgenommen werden. Solidarität aber basiert darauf, dass die Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften (Kap. 2.1.2) vermittelt werden kann. Denn Konkurrenzbeziehungen erschweren es, Ansprüche und Interessen zu harmonisieren. Mehr noch: diese Konkurrenzbeziehungen speisen sich nicht zuletzt aus der Angst vor sozialem Abstieg und/oder Erwerbslosigkeit. Angst wiederum darf als Hindernis für Mobilisierungsprozesse gelten. Solidarität selbst ist dabei als ein Unterstützungsverhältnis gegenüber einem Außen zu begreifen. Sie kann inklusivere und exklusivere Formen annehmen (Kap. 2.1.4). Das Ausmaß an Inklusivität und Exklusivität der Solidargemeinschaft beeinflusst insofern, wer für gemeinsames Interessenhandeln mobilisierbar ist.

2.1 Kollektives Interessenhandeln und Solidarität

Unter kollektivem und individuellem Interessenhandeln verstehe ich hier in einem engeren Sinne »Klassenhandeln«. Damit unterscheide ich es von einer Vielzahl weiterhin denkbarer möglicher Interessenbezüge, die das individuelle oder kollektive Handeln leiten könnten (zum Beispiel religiöse oder ethnische Konflikte). In Anlehnung an den schwedischen Sozialwissenschaftler Göran Therborn verstehe ich unter Klassenhandeln die »Verteidigung oder Vorwärtsverteidigung« einer gegebenen Klassenposition oder einer Reihe von Rollen und der allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen, die zufällig mit dieser Position assoziiert sind. [...] Klassenhandeln ist tendenziell Klassenkonflikt« (Therborn 1987: 143). Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die theoretische Prämisse, dass Klassen nur in Relation zu anderen Klassen (relationales Paradigma) existieren. Daraus folgen rationale Interessenkonflikte, laut Therborn insbesondere Konflikte um Lohn (ebd.: 143). Um Missverständnissen vorzubeugen: Klasse wird hier

nicht als ein homogener und bewusst entscheidender Akteur konzipiert (ebd.: 144). Klassenhandeln ist vielmehr

»[...] nicht mehr und nicht weniger als das Handeln von Individuen und Gruppen, Netzwerken und formalen Organisationen einer Klasse, zur Verteidigung und Verbesserung von Klassenpositionen (und den damit einhergehenden sozialen Bedingungen). »Klasse« ist ein analytischer Begriff, und sollte als solcher betrachtet werden, und nicht als eine Truppe, die man durch die Straßen marschieren sehen kann« (ebd.: 143).

Insgesamt lässt sich in Anlehnung an Therborn zwischen zwei grundlegende Formen des Interessenhandelns unterscheiden: Dem »elementaren« und dem »verallgemeinernden Interessenhandeln«. Kriterien, anhand derer die beiden Formen unterschieden werden, sind die Reichweite der zu Grunde liegenden Anliegen, die Anzahl der beteiligten Individuen, die Breite der Themen (Verbindung zwischen ökonomischen und politischen Problemen) und die Orte der Handlungen.

Von elementarem Interessenhandeln (Klassenhandeln) kann gesprochen werden, wenn unmittelbar um die Verbesserung oder Verteidigung von Klassenpositionen durch Individuen oder Gruppen am Arbeitsplatz beziehungsweise im Unternehmen gerungen wird. Die Form des Klassenhandelns ist also direkt auf die Arbeitswelt bezogen und findet innerhalb von Betrieben beziehungsweise Unternehmenszusammenhängen statt. Davon zu unterscheiden ist das verallgemeinernde Interessenhandeln. Darunter versteht Therborn zweierlei. Zum einen bezieht sich »verallgemeinernd« auf die Beziehung zu weiteren Beschäftigten am Arbeitsplatz beziehungsweise im Unternehmen. Verallgemeinerung ist also gleichbedeutend damit, mehr Beschäftigte in die Aktion einzubeziehen. Zum anderen gehört zum verallgemeinernden Interessenhandeln allerdings auch solches Handeln, das Themen und Probleme mit einbezieht (beziehungsweise sich darauf bezieht), die über den Arbeitsplatz oder den unternehmensspezifischen Bereich hinausgehen. Was er genau unter diesen Themen versteht, diskutiert Therborn nicht. Da er allerdings auf die Herausbildung ideologischer Gemeinschaften und auf historische Phasen der Klassenformierung hinweist, wäre hier meines Erachtens zwischen betriebs- und unternehmensübergreifenden Themen (ganze Branchen oder die ganze Wirtschaft betreffende Anliegen wie der gewerkschaftliche Kampf um Arbeitszeitverkürzung) auf der einen und allgemeinpolitischen und kulturellen Themen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Während elementares Interessenhandeln innerhalb der industriellen Beziehungen also auf

der Mikroebene der betrieblichen Arena stattfindet, erstreckt sich verallgemeinerndes Interessenhandeln auf die Mesoebene sektoraler Arbeitsmärkte/ökonomischer Branchen, auf die Makroebene der Gesamtwirtschaft (Müller-Jentsch 1986: 18) oder mit politischer Stoßrichtung auf die gesamte Gesellschaft.

2.1.1 Interessen, Situationsdeutungen und kollektive Mobilisierung

Welche der beiden Arten von Interessenhandeln sich innerhalb der industriellen Beziehungen entwickeln und ob Interessen überhaupt kollektiv verfolgt werden, ist schließlich abhängig von den Wahrnehmungen und Sinnstiftungen der potenziellen Akteure selbst. Denn Interessen sind, wie Andreas Boes und Katrin Trinks unterstreichen, zwar nicht losgelöst von der sozialen Position der Subjekte zu betrachten; zugleich sind Interessen jedoch Ergebnis subjektiver Konstruktions- oder Vermittlungsleistungen (Boes/Trinks 2006: 45). Interessen werden »[...] aktiv vom Subjekt in Auseinandersetzung mit seiner sozialen Umwelt gebildet« (ebd.: 47).

Laut Ingrid Artus ist es für die Analyse von Interessenhandeln entscheidend, das Zusammenwirken von strukturellen Faktoren, sozialen Interaktionen und subjektiven Interpretationsprozessen beziehungsweise verfügbaren Deutungsmustern aufmerksam zu betrachten (Artus: 2008a 70–71): Dabei ist es zwar wichtig, den strukturellen Interessengegensatz sowie die Machtasymmetrie zwischen Lohnarbeit und Kapital, die aus der Stellung der Akteure innerhalb des kapitalistischen Verwertungs- und Produktionsprozesses folgen (Artus/Gergs 2004: 20–21), in die Analyse möglichen Interessenhandels einzubeziehen; Letzteres lässt sich gleichwohl nicht aus strukturellen oder institutionellen Bedingungen ableiten, sondern ist insbesondere aus den Situations- und Interessendeutungen der Akteure zu erklären. Strukturell ableitbar sind allenfalls objektive Interessenlagen, die alle Lohnabhängigen teilen, die sie aber jeweils auf besondere Weisen individuell verarbeiten und zueinander in ein Verhältnis setzen müssen. Dabei handelt es sich laut Artus um das Interesse an möglichst sicheren Beschäftigungsmöglichkeiten (1), um das Interesse an möglichst hohen Löhnen (2) und um das Interesse an der möglichst langfristigen Reproduktion der eigenen Arbeitskraft (3) (Boes/Trinks 2006: 49–50).

Diese Interessen können laut Artus für die einzelnen Lohnabhängigen selbst in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen und müssen von ihnen jeweils in Form von individuellen Kompromissen harmoni-

siert werden. Zum Beispiel kann das Interesse an möglichst hohem Einkommen im Widerspruch stehen zum Bedürfnis, die eigene Gesundheit und damit Arbeitskraft zu schonen. Oder das Interesse an Beschäftigungssicherheit kann dazu beitragen, dass auf höhere Löhne und Einkommen und gar Gesundheitsschutz (vorübergehend) verzichtet wird. In einer der zentralen Studien aus Erlangen, auf die Ingrid Artus sich bezieht, wird das folgendermaßen zusammengefasst:

»Diese allgemeine Bestimmung des Status des ›freien Lohnarbeiters‹ schließt notwendig ein doppeltes Interesse ein: Nämlich, einerseits für die Arbeit einen möglichst hohen Lohn zu erzielen, andererseits die Verausgabung der eigenen Arbeitskraft so zu dosieren, daß sie als Grundlage langfristiger Arbeits- und Reproduktionsfähigkeit nicht vorzeitig ›verschleißt‹. Aus diesem – strukturell widersprüchlichen – Interesse ergibt sich fortlaufend die Notwendigkeit ›Kompromisse‹ zu schließen. Auf welchem Niveau diese möglich sind, hängt einerseits von biographischen Faktoren ab (Alter, Familienstand, Gesundheitszustand etc.), andererseits von den spezifischen Arbeitsbedingungen und -anforderungen, die an den Arbeitsplätzen vorgefunden werden, zu denen der einzelne überhaupt Zugang hat. Lohnarbeiter müssen objektiv ein Interesse daran haben – auch wenn die subjektive Interpretation und Realisierung dieses Interesses wiederum zusätzlich von besonderen Bedingungen abhängig ist – ihre Arbeitsbedingungen so zu beeinflussen, daß diese möglichst hohen Lohn möglichst langfristig gewährleisten [...].« (Kudera u.a. 1979: 15)

Wie sich die von Artus als objektiv bestimmten Interessen faktisch individuell artikulieren, ist daher ebenfalls abhängig von weiteren sozialen Faktoren, wie der erwerbsbiografischen Entwicklung, der Ausbildung und der familiären Situation.

Zum Ausgangspunkt von Untersuchungen, die kollektive Formen des Interessenhandelns untersuchen wollen, kann so der Vermittlungsprozess zwischen strukturell verankerten Interessenlagen und den Deutungen der Menschen werden.

»Der Konstitutionsprozess handlungsrelevanter individueller sowie kollektiv geteilter Interessendefinitionen wird aufgefasst als Prozess der subjektiven Situationsdeutung strukturell verankerter Interessenlagen. Der Interessenbegriff wird also als ›Strukturkategorie‹ interpretiert, der ›auf die Notwendigkeit einer handlungstheoretischen Perspektive‹ verweist. Mit der Betonung der Komplexität sowie strukturellen Widersprüchlichkeit des Interessenbegriffs wird gleichsam das Feld ›aufgespannt‹ – aber auch begrenzt, in dem sich die empirisch vorfindbaren möglichen Situationsdeutungen finden lassen.« (Artus/Gergs 2004: 21)

Damit wird die Relevanz von Deutungsprozessen betont. In ihrer Arbeit »Interessenhandeln jenseits der Norm« warnt Artus vor technologischen und ökonomischen Determinismen, die von objektiven Situationen auf subjektive Orientierungen schließen (Artus 2008a: 69). In diesem Zusammenhang hebt sie ebenfalls zur Bedeutung interessenpolitischer Deutungsmuster hervor:

»Die Heterogenität und Widersprüchlichkeit von Interessenlagen auf der gesellschaftlichen Strukturebene macht es unmöglich, im Sinne einer deterministischen Ableitungslogik konkretes Akteurshandeln bestimmen zu wollen. Vielmehr bedarf es auf Seiten der Akteure stets eines »konstruktiv-interpretatorischen Akt[es] der Definition, um »die je eigenen individuellen Interessen« zu bestimmen – und somit empirischer Forschung, um diese in konkreten Ausprägungen zu rekonstruieren. Dabei geht es um die Erfassung subjektiver interessenpolitischer Deutungsmuster, die kontextspezifisch strukturiert sind.« (ebd.: 70–71)

Aus diesem Blickwinkel ist die Vermittlung struktur- und subjekttheoretisch-interpretativer Forschungsperspektiven für das Verständnis von Prozessen des Interessenhandelns eine wichtige Voraussetzung. Die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen für individuelles und kollektives Handeln wird dabei zwar weiterhin hervorgehoben (ebd.: 85); anstatt allerdings ein direktes Ableitungsverhältnis zwischen objektiver Lage und Handlungsorientierung zu unterstellen, betont der Erlanger Ansatz »[...] die Offenheit, Variabilität sowie Kontextabhängigkeit individueller Situationsdeutungen« (ebd.: 71).

Drei wichtige Punkte müssen in diesem Zusammenhang ergänzt werden. Die Vermittlung zwischen strukturell induzierten Konkurrenzverhältnissen und Differenzen, den ebenfalls strukturell verankerten Interessenlagen und dem tatsächlichen Interessenhandeln wird laut Artus durch Interaktionsprozesse und kulturelle Traditionen beeinflusst. Erstens ist Interessenhandeln demnach immer abhängig von den Interaktionsprozessen innerhalb einer potenziellen Konfliktarena und lässt sich nur verstehen, wenn die alltäglichen Routinen berücksichtigt werden, die sich im Austausch zwischen den Akteuren herausgebildet haben (ebd.: 74–75). Erst im Rahmen dieser Interaktionsprozesse werden die oben benannten objektiven Interessen (individuell und kollektiv) artikuliert. Zweitens bilden sich im Laufe der Zeit Interaktionsgeschichten heraus, Gewohnheiten und Handlungsroutinen entstehen, die die Form von Verhaltensmustern annehmen (ebd.: 83). Kurz: Interessenhandeln ist abhängig von den gewohnten Routinen.

Drittens ist die Situationsdeutung der Individuen abhängig von Deutungs- und Orientierungsmustern. Laut Artus sind diese Muster ebenfalls beeinflusst durch die Geschichte »[...] betrieblicher Auseinandersetzungen, Interaktionen und häufig auch Konflikte [...]«. Deutungsmuster gelten ihr als »[...] Resultat eines langen Prozesses der kollektiven Verarbeitung des Geschehenen und der Interpretation des Vergangenen und Gegenwärtigen« (ebd.: 86). Zugleich werden diese kollektiven Deutungs- oder Orientierungsmuster allerdings als »[...] gesellschaftlich vorhandenes Deutungsangebot für subjektives Verhalten [...]« (ebd.: 86), bezeichnet.

Resümierend lässt sich festhalten, dass Interessenhandeln einerseits abhängig ist von den strukturell verankerten Interessenlagen und den subjektiven Arrangements widersprüchlicher Interessen; andererseits müssen Interessen wahrgenommen und damit subjektiv konstruiert werden. Diese Konstruktionsleistung ist abhängig von der Interaktionsgeschichte innerhalb von Betrieb und Gesellschaft sowie von verbreiteten Deutungsmustern. Nicht zuletzt wird somit die Abhängigkeit des konkreten Interessenhandelns von den komplexen Situationsdeutungen ihrer möglichen Akteure thematisiert.

2.1.2 Exkurs: Handlungsbedingungen, Arbeitsmarktkonkurrenz und soziale Ausdifferenzierung

Zu den gesellschaftlichen Strukturen, die als Rahmenbedingungen der Interessendeutung und des Interessenhandelns berücksichtigt werden müssen, gehört zum einen das innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise strukturell gegebene Konkurrenzverhältnis zwischen den Arbeitskräften (Zoll 1976: 20ff.), zum anderen die kulturelle, ökonomische (Deutschmann 2002: 199ff.) und politische Differenzierung der Lohnabhängigen (Deppe 1981a, 1981b). Lohnabhängige können zwar informelle oder – beispielsweise in Form von Gewerkschaften – offene Assoziationen bilden, um die Konkurrenz einzudämmen oder zeitweise ausschalten. Da sie dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen (und diese an die Person des Lohnabhängigen gebunden ist), bleibt ihnen aber eine unüberwindbare Individualität (Offe/Wiesenthal 1980: 74).

Auf den Arbeitsmärkten treffen sich formal gleichberechtigte Anbieter (die potentiell abhängig Beschäftigten) und Nachfrager (die Unternehmen) der Ware Arbeitskraft. Tatsächlich ist der Arbeitsmarkt aber machtsymmetrisch (Offe/Hinrichs 1984: 50–54). Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Beispielsweise ist die Kapitalseite mit Blick auf das einzelne Unternehmen bereits vereint, während die Lohnabhängigen aufgrund ihrer unüberwindbaren Individualität und des strukturell gegebenen Konkurrenzverhältnisses zunächst gespalten beziehungsweise atomisiert sind (Offe/Wiesenthal 1980: 74). Für externe und interne Arbeitsmärkte gleichermaßen gilt, dass die Arbeitskraft sich in den Arbeitsmarkt integrieren muss, da die materielle, soziale und kulturelle Reproduktion und Teilhabe innerhalb von kapitalistischen Warengesellschaften tauschvermittelt erfolgt (Müller-Jentsch 1988: 10, 16–17). Daher ist von einem Zwang zu sprechen, der trotz politischer und rechtlicher Freiheit auf Lohnabhängige wirkt (Zoll 1976: 22). Die Lebens- oder Reproduktionsmittel sind nur durch Lohnarbeit zu erwirtschaften. Während die Kapitalverwertung auf Arbeitsleistung angewiesen ist, ist die Arbeitskraft zu ihrer eigenen und der eventuellen familiären Reproduktion davon abhängig, dass die Arbeitsmarktintegration gelingt. Dass Arbeitskraft zu verkaufen ist, ist kein Kann, sondern ein Muss (Mayer-Ahuja 2011: 56):

»Für den Lohnarbeiter ist der grundlegende gesellschaftliche Widerspruch seine doppelte Freiheit: Er ist durch Gewalt von den Produktionsmitteln getrennt, ist von ihnen ‚frei, und behauptet sich als mit freiem Willen begabter Privateigentümer der Arbeitskraft in der Konkurrenz. Das heißt, der Lohnarbeiter ist kein Instrumentum vocale wie der Sklave; der Zwang zur Verausgabung der Arbeitskraft ist vermittelt über ihren Verkauf als Ware, deren Hüter der Lohnarbeiter selbst ist. Um sich als *Lohnarbeiter* zu reproduzieren, muß dieser sich als Charaktermaske verhalten und damit die gesellschaftliche Grundlage seiner doppelt freien Existenz reproduzieren [Hervorhebung durch Verf.]« (Geissler u.a. 1984: 19–20)

Soweit Arbeitskraft als Ware über Märkte gehandelt wird, bleibt dieser stumme Zwang zur Marktintegration erhalten. Allenfalls wird er abgefedert durch die Bildung von Gewerkschaften (Zoll 1976: 38–45) und sozialstaatliche Institutionen. Diese De-Kommodifizierung hebt den Warencharakter nicht auf, erweitert aber die Fähigkeit von Lohnabhängigen, einen sozial akzeptablen Lebensstandard aufrecht zu erhalten ohne sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren (Esping-Andersen 1990: 37). Gleichwohl ist die Brisanz dieser grundlegenden Konkurrenzverhältnisse in der Wirkung begründet, die sie auf die Subjekte selbst haben. Der Warencharakter beziehungsweise das damit verbundene Konkurrenzverhältnis bleiben der Subjektivität des Lohnabhängigen selbst, so Rainer Zoll u.a., nicht äußer-

lich. Vielmehr ist Lohnabhängigkeit aufgrund der gesetzten Konkurrenzverhältnisse mit sozialen Existenzängsten verknüpft:

»Das spezifische Risiko des Lohnarbeiters, für seine Arbeitskraft keinen Käufer zu finden, bringt zwar für alle Lohnarbeiter eine grundlegende Unsicherheit ihrer Existenz mit sich, aber diese Unsicherheit ist in Krise wie Prosperität für verschiedene Gruppen der Lohnarbeiter unterschiedlich virulent. Das allen Lohnarbeitern gemeinsame Reproduktionsrisiko setzt sich als gesellschaftliche Topik im individuellen Bewusstsein durch, auch wenn eigene Erfahrungen von Arbeitslosigkeit nicht vorliegen. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit stützt sich nicht nur auf ein abstraktes Wissen über die Austauschbarkeit der Arbeitskraft – und damit der Person – sondern stellt angesichts der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit eine reale Erfahrung eines Teils der Lohnarbeiter dar.« (Geissler u.a.1984: 21)

Diese Existenzangst findet ihre Ursache nicht nur darin, dass Erwerbslosigkeit zu deklassieren droht, sondern auch, weil der Verlust der Erwerbsarbeit die Identität und gewohnte Lebensweisen bedroht sowie zu einem Weniger an sozialer Anerkennung führen kann (ebd.: 22–23).

Diese Konkurrenzverhältnisse und die soziale Differenzierung der Lohnabhängigen markieren konstante Grundbedingungen des kollektiven Interessenshandelns abhängig Beschäftigter. Die Überwindung dieser Konkurrenz ist ein Grundproblem der Gewerkschafts- und Lohnabhängigenbewegungen (Bensaid 2006: 63–64; Wood 1997: 5).

Daraus ergibt sich mit Blick auf mögliche Formen kollektiven Interessenshandelns, dass Konkurrenz und Differenzierung *vermittelt* werden müssen. Der Begriff Vermittlung ist nicht gleichbedeutend mit der Auflösung von Konkurrenz und Differenzen, sondern bezeichnet einen politischen Prozess, in dessen Rahmen Gemeinsamkeiten gefunden werden und die Konkurrenz zu Gunsten solidarischer Beziehungen zwar nicht aufgehoben, aber doch temporär abgefedert wird. Die Entwicklung derartiger Vermittlungsprozesse ist jedoch offen; sie ist nicht durch die gesellschaftlichen Strukturen vorgegeben, wenngleich diese objektive Bedingungen sind, unter denen die Vermittlungen stattfinden. Ob sich kollektive Interessensakteure herausbilden, ist vielmehr von einem komplexen und dynamischen Zusammenhang abhängig, in dem »[...] soziale Gegebenheiten und soziales Handeln, Reaktion und Aktion, Führer und Geführte, lebensweltliche Milieus und politische Organisation, Alltagserfahrung und Ideologie, Interessenvertretung und Wertorientierung als Momente eines komplexen dynamischen Zusammenhangs in Erscheinung treten« (von Oertzen 2004: 234).

2.1.3 Kognitive Mobilisierungspotenziale – Collective Action Frames

Damit ist allerdings nicht geklärt, unter welchen Bedingungen Mobilisierungsprozesse für kollektives Interessenhandeln als erfolgversprechend gelten können. Mit anderen Worten: Wann erwartet werden kann, dass Mobilisierungen für solidarisches Interessenhandeln wahrscheinlich erfolgreich sein werden beziehungsweise welche Faktoren sie behindern. Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, sich mit Erkenntnissen der historischen Protest- und soziologischen Sozialbewegungsforschung auseinanderzusetzen. Aus deren Perspektive ist kollektives und solidarisches Interessenhandeln als sehr voraussetzungsvoll zu verstehen. Neben Bedingungen, die vom potenziell aktiv werdenden Subjekt unabhängig sind (zum Beispiel politische und institutionelle Rahmenbedingungen oder die Ressourcen, mit deren Hilfe Gruppen oder Organisationen mobilisieren können)⁵ setzen erfolgreiche Mobilisierungsversuche spezifische subjektive Situationsdeutungen der Menschen voraus (McAdam 2008: 339). Im Folgenden werden sie als kognitive Mobilisierungspotenziale bezeichnet. Mit diesen subjektiven Bedingungen kollektiven Handelns setzt sich innerhalb der Bewegungsforschung unter anderem der sog. Framingansatz auseinander. Demnach sind die Situationsdeutungen von Menschen keineswegs dem Zufall überlassen, sondern abhängig von sog. Frames (Kern 2008: 141–152), über die sie verfügen. Ausgangsgedanke ist dabei, dass Bedeutung das Ergebnis sozialer Definitionsprozesse ist. AnhängerInnen dieses Ansatzes beschäftigen sich daher mit der (Re-)Produktion von kulturellen Deutungsstrukturen, die es sozialen Bewegungen erlauben, Menschen zu mobilisieren (ebd.: 1410142). In einer ersten Annäherung lassen sich Frames als Deutungsrahmen verstehen, die bestimmte Aspekte der sozialen Umwelt betonen, andere weglassen. Sie formen also selektiv die Deutungen, strukturieren so Erfahrung und – so die Annahme der AnhängerInnen des Framingansatzes – wirken handlungsleitend (Tarrow 1992: 188).

In der Framinganalyse werden in Bezug auf diese Wahrnehmungsraster drei unterschiedliche Phänomene untersucht. Erstens werden mit dem Be-

5 Beides wird hier bewusst vernachlässigt. Innerhalb der Sozialbewegungsforschung haben sich vielfältige Ansätze herausgebildet, die in der Erklärung und Analyse sozialer Bewegungen konkurrieren. Als wichtigste können Konzepte gelten, die sich jeweils insbesondere mit sog. Political Opportunities, Mobilizing Structures und Framing auseinandersetzen. Einen sehr guten Überblick über die jeweiligen Forschungsansätze bietet der von Doug McAdam, John D. McCarthy und Mayer N. Zald herausgegebene Sammelband »Comparative Perspectives on Social Movements« (McAdam u.a. 2008b).

griff Frame in der Regel die von Bewegungsakteuren entwickelten oder in der kulturellen Umwelt verbreiteten und angepassten Interpretationsrahmen bezeichnet (McAdam 2008: 339; Nepstad 1997: 471–472; Tarrow 2008: 110). Davon zu unterscheiden ist zweitens der Framingprozess selbst, worunter Handlungen zu verstehen sind, »[...] by which people make sense of both daily life and the grievances that confront them« (Oliver/Johnston 2005: 190). In dieser Hinsicht bezeichnet Framing die interaktive Entwicklung und Anwendung von Interpretationsrahmen.

»Frames are, on the one hand, part of the world, passive and structured; on the other, people are active in constructing them. Events are framed, but we frame events. The vulnerability of the framing process makes it a locus of Potenzial struggle, not a leaden reality to which we all must inevitably yield.« (Gamson/Meyer 2008: 276)

Drittens verstehen einige AutorInnen unter Frames die interpretativen Schemata, die den Subjekten selbst eigen sind (Johnston/Oliver 2005: 214). Pamela E. Oliver und Hank Johnston folgend lassen sich Frames in diesem Sinne auch verstehen als »[...] individual cognitive structures, located »within the black box of mental life«, that orient and guide interpretation of individual experience« (Oliver/Johnston 2005: 189). So verstandene Frames sind für die Analyse kollektiven Handelns wichtig, »[...] insofar as they are shared by enough individuals to channel individual behaviour into patterned social ones« (ebd.: 189).

Ein Vertreter einer derartigen Forschungsperspektive ist William A. Gamson. Sein Interesse gilt insbesondere den »[...] meaning systems available to people when interpreting political issues and the symbolical resources used by people to negotiate meaning in political contexts« (Noakes/Johnston 2005b: 5). In seiner Studie »Talking Politics«, in der er empirisch das Verhältnis zwischen medial vermittelten und den von ArbeiterInnen in Gruppendiskussionen genutzten Frames untersucht, spricht Gamson in diesem Zusammenhang auch von politischem Bewusstsein (Gamson 2002: 6).

Um die unterschiedlichen Ebenen analytisch nicht zu vermischen, werde ich im Folgenden zwischen drei Arten von Frames unterscheiden: Die von Akteuren bewusst ausgearbeiteten Interpretationsangebote werde ich als (De-)Mobilisierungsrahmen bezeichnen. Kulturell bereits verbreitete Frames verstehe ich hingegen im Weiteren als Interpretationsrahmen. Die den Subjekten eigenen Interpretationsschemata hingegen begreife ich als Deutungsmuster (ausführlich Kap. 3.3).

Diese analytische Unterscheidung zwischen verschiedenen Frames soll allerdings nicht über ihre Verwobenheit beziehungsweise die komplexe Beziehung zwischen ihnen hinwegtäuschen. Laut Mayer N. Zald speisen sich beispielsweise gegenwärtige Rahmungen von Ungerechtigkeiten, die von AktivistInnen entwickelt und angeboten werden, in der Regel aus umfassenderen sozialen oder kulturellen Auffassungen und Definitionen darüber, welche Rechte und Verantwortungen es gibt, was also richtig und was falsch ist (Zald 2008: 267). Zwischen Mobilisierungs- und Interpretationsrahmen gibt es demnach einen empirisch zu rekonstruierenden Zusammenhang.

Die Interpretationsrahmen lassen sich dahingehend unterscheiden, wie geteilt und wie stark kulturell verankert sie sind. Je mehr Menschen sie teilen und je tiefer sie kulturell verankert sind, desto eher sind sie, so lässt sich angelehnt an Thomas Kern schlussfolgern, als Teil der »kulturellen Rahmenbedingungen« zu begreifen, die Mobilisierungen erleichtern oder erschweren können, an die jedoch in Mobilisierungsprozessen angeknüpft werden muss (Kern 2008: 165). Diese Interpretationsrahmen lassen sich mit Hank Johnston und John Noakes als Teil der »diskursiven Gelegenheitsstrukturen« (discursive opportunity structures) von Mobilisierungsprozessen (Noakes/Johnston 2005b: 22) begreifen. Laut Johnston und Noakes lassen sie sich hinsichtlich des Grades differenzieren, wie flüchtig beziehungsweise tief verankert sie in der Bevölkerung sind. Aktuell populäre Ideen und Überzeugungen wären demnach von tiefer eingelagerten sozialen Sinnsystemen oder nationalen Mythen zu unterscheiden (ebd.: 22).

Die Sozialbewegungsforschung interessiert sich für diese Interpretationsrahmen beziehungsweise die subjektiven Deutungsmuster dahingehend, ob sie die Teilnahme an kollektiven Protesthandlungen eher behindern oder erleichtern. Grundsätzlich ist beides möglich: Sie können Passivität steigern oder eher zu Aktivitäten anregen; sie können Individualisierungstendenzen stärken oder diesen entgegenwirken – all das hängt ab von der konkreten Ausprägung der einzelnen Elemente der Interpreta-

tionsrahmen beziehungsweise der Deutungsmuster ab. Grundsätzlich werden Mobilisierungsversuche, darauf haben William Gamson, Bruce Fireman und Steven Rytina in ihrer Arbeit »Encounters with Unjust Authority« hingewiesen, mit dominanten Glaubenssystemen oder Ideologien konfrontiert, die bestehende soziale Ordnungen oder politische Institutionen legitimieren und so dazu beitragen, sie zu erhalten (Gamson u.a. 1982: 6; Tarrow 1992: 191). Frames hingegen – hier im Sinne von Interpretationsrahmen und Deutungsmustern –, denen in der Bewegungsforschung Mobilisierungspotenzial zugeschrieben wird, werden als Collective Action Frames bezeichnet. Sie machen auf Konflikte aufmerksam, versuchen sie als ungerecht darzustellen, Verantwortlichkeiten dafür sichtbar zu machen sowie Wege und Mittel vorzuschlagen, wie diese verändert werden können (Valocchi 2005: 54).

»Collective action frames deny the immutability of some undesirable situation and the possibility of changing it through some collective action. They define people as Potenzial agents of their own history. This necessarily implies the existence of opportunity [...].« (Gamson/Meyer: 2008 285)

Was die zentralen Elemente beziehungsweise Dimensionen derartiger mobilisierend wirkender Deutungsmuster, Interpretations- oder Mobilisierungsrahmen sind, ist zwischen VertreterInnen des Framingansatzes durchaus umstritten. Die zwei bekanntesten Alternativen formulierten – in Zusammenarbeit mit anderen ForscherInnen – David A. Snow und William A. Gamson (Noakes/Johnston 2005b: 5; Terpe 2009: 121–128).

Laut William A. Gamson sind für BewegungsforscherInnen in den Deutungsmustern beziehungsweise Mobilisierungsrahmen die Ausprägungen dreier Dimensionen wichtig: Die Ungerechtigkeits-, die Akteurs- und die Identitätskomponente. Während die Ungerechtigkeitskomponente für die moralische Empörung sensibilisiert, schärft die Akteurskomponente den Blick für die Vorstellungen davon, ob, wie und durch wen Kritisiertes verändert werden kann. Die Identitätskomponente verweist auf »identitäre Grenzziehungen« und bezieht sich darauf, wer als mögliches Wir dieser Veränderungen und wer als Gegner verstanden wird (Gamson 2002: 7, 29–115). David A. Snow hingegen unterscheidet drei Aufgaben von Framing als einem aktiven Prozess, in dem Rahmen konstruiert und popularisiert werden: Das sog. »diagnostic framing«, das »prognostic framing« und das »motivational framing« (Snow/Soule 2010: 51). Im Laufe des diagnostischen Rahmens wird identifiziert, was ist. Dabei handelt es sich um eine Problemdiagnose. Zugleich umfasst es die Zuschreibung von Schuld und

Verantwortung (ebd.: 51). Das prognostical framing schließlich zeigt auf, wie das diagnostizierte Problem gelöst werden kann (Noakes/Johnston 2005b: 5). Die entsprechenden Deutungsmuster legen also bestimmte Handlungsweisen nahe, und lassen andere unmöglich erscheinen (Terpe 2009: 127). Das motivational framing versucht, zum aktiven Mitmachen zu motivieren, unterbreitet Anreize und Begründungen (Kern 2008: 142–146).

«More concretely, motivational framing entails the construction of vocabularies of motive that provide prods to action by, among other things, amplifying reasons for participation that override feared risks and the free-rider problem.» (Snow/Soule 2010: 137)

Die Unterschiede zwischen beiden Konzepten erklären Noakes und Johnston durch die unterschiedlichen Analyseebenen, auf die sie sich beziehen. Während Gamson sich stärker für die Deutungsprozesse der tatsächlichen oder möglichen TeilnehmerInnen an Protesthandlungen interessiert (Noakes/Johnston 2005b: 5–6), fokussiert Snow auf die von AktivistInnen entwickelten (De-)Mobilisierungsrahmen. Dabei interessiert in viel stärkerem Maße das Agieren von AktivistInnen und deren Versuche, mit passenden Deutungsangeboten zu mobilisieren (ebd.: 5).

Beide Perspektiven unterscheiden sich meines Erachtens nicht grundlegend. Teilweise umfassen die von Snow u.a. vorgeschlagenen Dimensionen Komponenten, die auch bei Gamson eine Rolle spielen. Framingprozesse ebenso wie die in Bewegungen ausgearbeiteten Mobilisierungsrahmen und die von den Menschen tatsächlich genutzten Deutungsmuster lassen sich zusammengefasst in vier Dimensionen unterteilen: Die Problemdiagnosedimension, die Ungerechtigkeitsdimension, die Identitätsdimension (identitäre Grenzziehungen) und die Prognosedimension.

Tabelle 1: Überblick Framing und Framedimensionen

Interpretationen ...	1. sind durch Frames vermittelt
Frames ...	2. lassen sich differenzieren als... – (hegemoniale) – Interpretationsrahmen – Mobilisierungsrahmen – Deutungsmuster
(Collective Action) Frames ...	3. informieren über... Problemdiagnosedimension – Was ist ? – Warum ist es? Ungerechtigkeitsdimension – Was ist ungerecht? – Warum wird es als ungerecht gedeutet? Identitätsdimension – Gegenüber wem oder was werden identitäre Grenzen gezogen? – Prognosedimension – Was sind mögliche Lösungswege? – Wer oder was sind mögliche Akteure?

Laut William A. Gamson legen mobilisierende Frames (hier: Die Interpretationsrahmen, Mobilisierungsrahmen und subjektiv artikulierten Deutungsmuster) nahe, dass kollektive Aktionen beziehungsweise Handlungen nötig, wünschenswert und möglich sind (Gamson 2002: 7). Subjekte, so lässt sich Gamsons Überlegung weiterentwickeln, müssten demnach Verhältnisse als illegitim deuten und zugleich Veränderungen wünschen. Darüber hinaus müssten sie sich als handlungsmächtige Akteure wahrnehmen, die dazu in der Lage sind, die von ihnen als illegitim interpretierten Verhältnisse zu verändern (Nepstad 1997: 470–471). Während oben bereits die relevanten Dimensionen der Frames bestimmt wurden, werden abschließend Annahmen darüber vorgestellt, welche Ausprägungen von Frames mobilisierend wirken.

Als eine zentrale Möglichkeitsbedingung kollektiven Handelns gilt der Sozialbewegungsforschung, dass Menschen Ungerechtigkeit wahrnehmen (Tarrow 2008: 111). So zählen Stephan Leibfried und Wolf-Dieter Narr ne-

ben sozial- und infrastrukturellen Bedingungen ein kollektives Bewusstsein geteilter Probleme (Leibfried/Narr 1986: V), die sog. Moralische Ökonomie beziehungsweise ein damit verbundenes Unrechtsbewusstsein, zu den besonders wichtigen subjektiven Voraussetzungen erfolgreicher Mobilisierungsprozesse (ebd.: XX). Ähnlich sieht dies der britische Industrial Relations Forscher John Kelly, dargelegt in seiner Studie »Rethinking Industrial Relations« (Kelly: 1998). Damit kollektiver Protest möglich wird, müssen Menschen Zustände in ihrer konkreten sozialen Umwelt (oder im gesamtgesellschaftlichen oder globalen Maßstab) als ungerecht empfinden. Werden objektiv oder strukturell gegebene Unterordnungsverhältnisse nicht als Unterdrückungs- beziehungsweise Ungerechtigkeitsverhältnisse gedeutet, ist es unwahrscheinlich, dass Konflikte entstehen. Ohne Ungerechtigkeitsgefühl kein kollektives Interessenhandeln (ebd.: 27). Unzufriedenheiten allein gelten als unzureichend:

»For example, an employee may be unhappy with a company pay freeze, but if he or she feels the measure was either fair [...] or unavoidable [...], the behavioural consequences are unlikely. The *sine qua non* for collective action is a sense of injustice, the conviction that an event, cation or situation is »wrong« or »illegitimate« [Hervorhebung durch Verf.]« (ebd.: 27)

Allerdings folgt längst nicht aus jeder Empörung und aus jeder Unzufriedenheit Protest (Kern 2008: 11). Bereits in der älteren Diskussion über die Entstehungsbedingungen sozialer Bewegungen haben kritische Stimmen darauf hingewiesen, dass ein Ungerechtigkeitsempfinden zwar eine wichtige Voraussetzung für Protesthandeln ist; seine Existenz allein die Entwicklung von Mobilisierung jedoch noch nicht erklärt (Tarrow 1992: 177).

Relevant ist darüber hinaus, ob die potenziell zu mobilisierenden Akteure des Protesthandelns ihre Interessen als miteinander harmonisierbar wahrnehmen, wie John Kelly hervorhebt. Entscheidend ist demnach, welche Interessen die Menschen wahrnehmen, wie sie diese definieren, mit wem sie in ihrer eigenen Wahrnehmung diese Interessen teilen und gegen wen sie verteidigt werden müssen. Damit rückt Kelly einerseits die Interessen- und Solidargemeinschaft in den Blick, zu der sich diese Akteure zählen, und thematisiert andererseits Gruppen, von denen sie sich möglicherweise abgrenzen. Zentral für die Ausrichtung kollektiven Interessenhandelns ist insofern, welche Umriss einer Solidargemeinschaft sich in den Deutungsmustern der Subjekte abzeichnen:

»To what extent do they believe their interests to be similar to, different from, or opposed to, those of the ruling group? Do they define their interests in individual,

semi-collective or collective terms (or some combination), and if the latter, then to what group or groups does the term refer: an informal group, a department, a social class etc.» (Kelly 1998: 25)

In diesem Zitat wird die Interessendeutung selbst als ein komplexer Vorgang begreifbar. Mit Blick auf die Mobilisierungskraft von Deutungen rückt das wahrgenommene Verhältnis der eigenen Interessen zueinander, das Verhältnis der eigenen Interessen zu denen herrschender Eliten sowie die Identifizierung der eigenen Interessen mit denen von (Bezugs-) Gruppen in den Blick. Zentral für eine erfolgreiche Mobilisierung von Menschen ist in diesem Zusammenhang, dass sie ihre jeweiligen Interessen nicht als einander entgegengesetzt beziehungsweise als nicht dem Mobilisierungszweck entgegengesetzt deuten und Gemeinsamkeiten empfinden (Tilly 1978: 71). Erfolgreiche Mobilisierungen sind daher dann am wahrscheinlichsten, wenn Interessen harmonisiert werden können.

Ob, wie und gegen wen sich Menschen mobilisieren, ist darüber hinaus abhängig von den jeweiligen Ursachendiagnosen und Verantwortungszuschreibungen, durch die sie sich kritisierte Verhältnisse erklären. Für Mobilisierungsprozesse ist es dabei förderlicher, wenn Menschen andere Akteure und nicht unkontrollierbare Kräfte oder Ereignisse für die von ihnen wahrgenommenen Probleme verantwortlich machen (Kelly 1998: 29). Wodurch werden als ungerecht empfundene Zustände verursacht? Wer oder was ist für illegitime Verhältnisse verantwortlich? Sind es anonyme Märkte, ArbeitskollegInnen oder lokale Autoritäten, die für verschlechterte Arbeits- oder Lohnbedingungen verantwortlich gemacht werden? Die Antworten auf diese Fragen haben eine hohe Handlungsrelevanz. Sie wirken sich laut Kelly auf drei Arten aus: Erstens hängt von ihnen ab, wer oder was möglicherweise Adressat des Grolls (oder gar des Protestes) wird. Zweitens werden ggf. vorhandene Identitäten beeinflusst. Drittens hängt von ihnen ab, ob das generell Kritisierte für veränderbar gehalten wird (ebd.: 29–30). Wie Sylvia Terpe in ihrer theoretischen Arbeit »Ungerechtigkeit und Duldung« zeigt, wirkt längst nicht jedes Ungerechtigkeitsempfinden handlungsmotivierend (Terpe 2009: 110ff.). Werden die Ursachen beziehungsweise Verantwortlichkeiten für das empfundene Unrecht in nicht beeinflussbaren Instanzen oder Prozessen gesehen, stärkt dies eher Ohnmachtsgefühle. Handlungsmotivierend wirken demnach eher Diagnosen, die hervorheben, dass Kritisiertes durch Menschen verursacht wurde (ebd.: 117). Ähnlich argumentiert auch Kelly:

»Whilst the roots of collective interest definition lie in perceived injustice, it is crucial that workers *attribute* their problems to an agency which can be held responsible either for causing their Problem or for ameliorating it (or both). Normally this agency would be the employer, although it might also be the state. Such attributions of blame both derive from and reinforce a sense of distinct group *identity*, founded on interests that are common to the group but opposed to those of the employer and often described in everyday terms as a sense of »them and us. For mobilization theorists it is this core set of concepts – injustice, attribution and identity – which provides the means for understanding the emergence (or not) of collective interest definition and for mapping changes over time [Hervorhebungen durch Verf.]« (Kelly 1998: 127)

Neben, aber nicht unabhängig von diesen Ursachendiagnosen und Verantwortungszuschreibungen ist ausschlaggebend, wer als Gegner und wer als potenzieller Teil der eigenen Solidargemeinschaft wahrgenommen wird. Gegenüber wem oder was zeichnen sich identitäre Grenzziehungen ab? Wer wird zum möglichen Wir und wer zum Sie gezählt? Welche Umrisskollektiver Identität werden sichtbar (Gamson 1992: 55)? Laut Rainer Zoll lässt sich Solidarität im Sinne einer Lohnabhängigensolidarität als eine Möglichkeitsbedingung kollektiven Interessenhandelns verstehen (ausführlich Kap. 2.1.4), als eine Grundlage des gewerkschaftlichen Handelns schlechthin (Zoll 1993: 137). Die entsprechenden solidarischen Haltungen und Handlungen wirken verschiedenen Formen der sozialen Differenzierung, der Spaltung und Konkurrenz derart entgegen, dass gemeinsames Handeln gegenüber einem Gegner möglich wird. Sofern Menschen ihr Schicksal an das einer konkreten Gruppe gebunden sehen, fühlen sie sich persönlich betroffen, wenn die Gruppe bedroht wird: »Solidarity and collective identity operate to blur the distinction between individual and group interest [...].« (Gamson 1992: 57)

Diese Solidarisierung nach Innen ist verbunden mit sozialer Schließung nach Außen. Solidarität setzt, so lässt sich in Anschluss an Robert Michels festhalten, das Gefühl der Gegnerschaft voraus, das sich auf ein Außen richtet (Michels 2008: 127). In diesem Sinne ist Solidarität immer schon exklusiv, da sie sich nicht auf alle Mitglieder einer Gesellschaft erstreckt:

»Die Himmelsblume der Solidarität wächst und gedeiht bloß auf dem vulkanischen Boden der Interessengegensätze. Eine allgemeine Solidarität der Gesellschaft – die Solidarität in ihrer reinsten Form – besteht nur gewissen elementaren Naturereignissen gegenüber [...], ohnehin auch dort nicht ihren Charakter der Abwehr verleugnend. Bei der Betrachtung des Phänomens der Solidarität auf dem